

Abgeschlossen: Rosa Luxemburg, Werk-Ausgabe

Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 7/1 und 7/2 (1907 bis 1918). Herausgegeben und bearbeitet von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Karl Dietz Verlag, Berlin 2017, S. 576 und 672, je Band 49,90 Euro

Das bekannte deutschsprachige Werk der nachhaltigsten Denkerin des Sozialismus ihrer Zeit liegt mit zwei Halbbänden der Nummer 7 der Gesammelten Werke nunmehr komplett vor. Der strategisch spürsinnigen Recherchearbeit Eckhard Müllers, der konzentrierten Entzifferungs- und russisch-deutschen Übersetzungsarbeit von Wladislaw Hedeler und der editorischen Anstrengung einer auf diesem Gebiet virtuosens Annelies Laschitza verdanken wir die Erschließung dieses wissenschaftlich wichtigen Quellenmaterials.

Wie der vorangegangene Ergänzungsband ist auch der siebente mit seinen 160 Dokumenten der Jahre 1907 bis 1918 wegen des die Periodenzäsur übergreifenden Materials weniger von zeitbedingter politischer und theoretischer Charakteristik als vielmehr der Quellenkategorie nach von eigener Spezifik. Denn Band 7 reflektiert mit polizeilichen Versammlungs- und Zeitungsberichten, vor allem aber mit handschriftlichen Skripten, Literatur-exzerpten, den sehr authentischen Mitschriften der Parteischüler Rosi Wolfstein und Jakob Walcher zu den Vorlesungen Rosa Luxemburgs an der sozialdemokratischen Parteischule und un-signierten Artikeln Rosa Luxemburgs deren Erkenntnisprozess. Das Markante an den Halbbänden 7 sind Quellen,

die das Werkstattdenken Rosa Luxemburgs, aber auch Reflexionen ihrer Verallgemeinerungen aus sekundärer Hand wiedergeben und damit die Wirksamkeit ihrer Vermittlung durch Vergleich mit ihrem Gesamtwerk erkennen lassen.

Annelies Laschitza hat das im Vorwort exzellent deutlich gemacht und damit zugleich einen Leitfaden zum Umgang mit diesem Editionsband gegeben. Die Vorworte zu den Gesammelten Werken haben durch die Nachauflagen inzwischen auch eine halbhundertjährige Geschichte, die von der Herausgeberin geprägt wurde. Sie verarbeitete auch die Erfahrungen der Jahrzehnte nach 1989, ohne sich hinsichtlich der Bewertung der Quellen ideologisch verbiegen zu müssen. Das war, wie der aufmerksame Leser bemerken kann, eher vor 1989 der Fall. Das Vorwort des siebenten Bandes ist noch kein Gesamtresümee, weil die Reihe noch nicht endgültig abgeschlossen ist und Laschitza darin auch der nächsten Generation Anregungen für weitere, wenn auch sehr aufwendige Editionsarbeit gibt. Es enthält aber im Rahmen dieses Projekts noch einmal die letzten Bemerkungen der Autorin zur Editions-geschichte und damit auch zu den Auslassungen der originären fünf-bändigen Auswahl der Gesammelten Werke. Diese Erläuterung begründet den Eigenwert der Handschriften und Exzerpte, die Rosa Luxemburgs aufklärerisches Engagement für die Themen Wahlkampf, Massenstreik, Militarismus, Geschichtsverständnis und dessen Anwendung bei der Bewertung der Revolution in Russland reflektieren. Der Zusammenhang zwischen Texten des Band 7 mit denen der

Werk- und Briefausgabe der 1970er und 80er Jahre ist durch das Vorwort, aber auch den Anmerkungsapparat, beeindruckend nachvollziehbar.

Und auch die Passage des Vorwortes im Hinblick auf Rosa Luxemburgs „Gefängniskalender“ und die einzige poetische Arbeit Rosa Luxemburgs über die „Geheimnisse eines Gefängnishofes“ eröffnet meisterhaft einen bisher weniger belichteten biografischen Aspekt, Rosa Luxemburgs Umgang mit der deutschen Sprache. Dieser Gedanke ist so bewegend vermittelt wie von der Verfasserin empfunden. (7/1, 62) Und auch unter den Stichworten „Gedankengipfel“ und „Jahrhundertprophetie“ versetzt das Vorwort den aufmerksamen Leser in das Denken einer weitsichtigen und tiefgründigen Frau, die im Stress gesundheitsbedrohlicher Haft in einer Katastrophensituation epochalen Ausmaßes über die Zukunft nachdachte, und deren Warnungen und Visionen sich in vielem heute neu bewahrheiten. Dieses Vorwort ist der Autorin Abschied von einem lebenslangen erfüllenden Ringen um die Luxemburg-Edition und -Rezeption, aber auch von ihrer letzten großen Anstrengung vor mehr Muße. Angeregt durch dieses Vorwort und motiviert durch darin weniger konkret besprochene Quellen sollen nachfolgend wenige markante Beispiele erkenntnistheoretischer Relevanz benannt werden.

Im Auftrage der SDAPR erklärte Rosa Luxemburg 1907 am Grabe von Ignaz Auer, Russland werde erst für die Revolution reif sein, wenn dessen Proletariat neben den todesmutigen, begeisterten Soldaten auch Strategen und Führer vom Weitblick des Verstorbene[n] hervorgebracht haben wird.

(7/1, 101) In ihrem Vortragszyklus zur Einführung in die Nationalökonomie in Kreuzberg im gleichen Jahr polemisierte sie zur Parteilichkeit der Wissenschaft mit dem Argument, letztere habe wie die Entwicklungslehre im Rahmen der Naturwissenschaften so auch die historisch-materialistische Geschichtsauffassung von Anfang an den Klassenkampf gefördert. (7/1, 110) Diesen erkenntnistheoretisch wichtigsten Gedanke der weltanschaulichen Auseinandersetzung zwischen der lohnabhängigen Klasse und dem Bürgertum verstand sie als die philosophische Grundfrage des kapitalistischen Industriezeitalters. In diesem Sinne konzentrierte sie sich auf die Erklärung der ökonomischen Eigengesetzlichkeit des Kapitalismus und seiner geschichtlichen Tendenz theoretisch-methodisch und praktisch-politisch. In ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“ charakterisierte sie die verklausulierte Gegenstandbestimmung des bürgerlichen Ökonomieverständnisses mit dem treffenden Urteil: „Wer sich dunkel und verstiegen ausdrückt, wo es sich nicht um reine Gedankenbilder der Philosophie oder Hirngespinnste der religiösen Mystik handelt, zeigt nur, daß er über die Sache selbst im unklaren ist oder aber der Klarheit aus dem Wege zu gehen Ursache hat.“ (5, 527.) Und am Ende des Abschnitts 4 heißt es: „Das erste Wort, der Grundbegriff der heutigen Nationalökonomie ist eine wissenschaftliche Mystifikation im Interesse der Bourgeoisie.“ (5, 563) Daran hat sich bis heute in Wissenschaft, Bildung, Politik und Medien verständlicherweise nichts geändert.

Indem Rosa Luxemburg demgegen-

über die gesamte Ökonomiegeschichte auf die Produktion der materiellen Existenzbedingungen der arbeitsteiligen Gesellschaft unter ihren – durch die Produktivkraftentwicklung determinierten – konkret historischen Familien-, Eigentums-, Macht- und damit Klassenverhältnissen reduzierte, entsprach sie der elementaren Entdeckung von Marx und Engels, dass auch der Mensch – egal unter welchen kulturellen Verhältnissen – den Sachzwängen von Natur und Gesellschaft unterworfen bleibt und damit nur insofern frei sein kann, wie er diese Verhältnisse beherrscht, als Elite, Klasse oder Menschheit. Darin besteht die entscheidende wissenschaftliche Leistung des theoretischen Sozialismus, auch wenn diese Denkrichtung damit keineswegs Immunität gegen den permanenten Rückfall in bürgerliche Abhängigkeit erlangt hat. Empirisch konnten sich auch die Begründer des theoretischen Sozialismus nur auf bürgerliche und die Literatur ihrer Geistesverwandten stützen, wie die Quellen dieses Bandes ausweisen. Zu welcher Argumentationsstärke Rosa Luxemburg fähig war, beweist der Polizeibericht vom 23. November 1907 über ihren letzten Vortrag zur Nationalökonomie, in dem der Beamte treffend die Grundlage des Klassenbewusstseins mit der vollständigen Trennung von Kapital und Arbeit durch die vollständige Trennung des Produzenten von den Produktionsmitteln reflektierte. (7/1, 114) Höhere gesellschaftsrealistische philosophische Abstraktionen sind nur noch naturphilosophisch möglich.

Der gesamte erste Halbband reflektiert das Bemühen Rosa Luxemburgs (die auch das zeitgenössische russi-

sche Ökonomieverständnis rezipierte), über Marx hinausgehend neben der inneren Widersprüchlichkeit des Kapitalismus die ökonomischen Grenzen der Kapitalverwertung zu erfassen und in diesem Zusammenhang auch aus der vorkapitalistischen Wirtschaftsgeschichte Schlüsse zu ziehen. Es ist ein Charakteristikum der historisch-materialistischen Methode des theoretischen Sozialismus, dass dieser vom *Kommunistischen Manifest* an die Ökonomie in ihrem globalen Zusammenhang gesehen hat. Ohne diese Sichtweise wären Marx und Engels gar nicht im Stande gewesen, die Kategorie der Produktionsweise zu definieren und deren kulturelle Unterscheidungen in den von ihnen charakterisierten Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation zu definieren. Das trifft auch auf das Systemverständnis des Kapitalismus und dessen historische Reproduktionsgrenzen zu. Hier liegt auch der Ansatzpunkt für die Kritik der aktuellen Methodendiskussion um die Globalgeschichtsschreibung. Deren Erkenntnisgewinn ist nichts als die Anerkennung sich zunehmend vernetzender arbeitsteiliger Interaktion, wie sie Marx und Engels in *Die deutsche Ideologie* 1845/46 benannt hatten, bei Ausblendung der gesellschaftlichen Antagonismen. Rosa Luxemburgs Geschichts- und Ökonomieverständnis gründet sich auf ein entsprechendes, durch das Studium zeitgenössischer Literatur untermauertes Verständnis der Geschichte im Wechselverhältnis von Produktivkraftentwicklung, sozialer Differenzierung und politischen Verhältnissen. Die Frage stellt sich, weshalb auf dieser empirischen Grundlage bis heute methodisch so gegensätzliche theoreti-

sche Verallgemeinerungen möglich sind. Auf dieses erkenntnistheoretische Problem stößt man immer wieder bei Lektüre des ersten Halbbands 7.

Der zweite Halbband zeigt neben den Handschriften, welche Materialfülle Eckhard Müller in der zeitgenössischen Presse für die zweite Dekade des 20. Jahrhunderts noch einmal erschließen konnte. Auch wenn Rosa Luxemburgs Werk hinsichtlich der Zeitfragen dieser Periode (preußischer Wahlrechtskampf, Antimilitarismus, Weltkrieg, Revolution) und die Konsequenzen des internationalen Sozialismus im Hinblick auf das Ende dieser Epoche erschlossen ist, die hier akzentuierten Gedanken sind ein Jahrhundert danach noch einmal hervorhebenswert. Neben Rosa Luxemburgs parlamentstaktischer Zustimmung zu Ablehnung heischenden Gesetzesparagrafen, „wenn dies der Zwang der Lage fordert, um eine sehr wichtige Errungenschaft zu retten“, (7/2, 679) ist insbesondere ihre zunehmende Warnung vor der weltpolitischen Krisensituation und den Illusionen der sozialistischen Pazifisten seit 1911 von Interesse. Der Kriegsausbruch nur zweieinhalb Jahre später bestätigte ihre realistische Beurteilung der krisensymptomatischen Komplexität von außenpolitischen Sturmzeichen und innenpolitischen sozialen Spannungen, die die Idylle der Belle Époque Lügen strafen, auch wenn subjektiv 40 vermeintliche Friedensjahre das öffentliche Bewusstsein eingelullt hatten. Parallelen zu heute sind unverkennbar. Das betrifft auch die Bedeutung, die Rosa Luxemburg der Einsicht der internationalen Arbeiterschaft in historischer „Entscheidungsstunde, wo

die Geschicke der Völker in den Händen des internationalen Proletariats liegen werden“, zusprach: „Dann werden die Zeiten kommen, wo es mit der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels allein nicht mehr getan ist!“ (7/2, 720) Auch im Hinblick auf die Wahlergebnisse legte sie in diesem Zusammenhang mehr Wert auf das Gewicht, nicht auf die Zahl der Stimmen, weil es nicht um Parteimandate, sondern um aktionsbereite Massen geht, die im Krisenfall Politik machen müssen.

Wirkungsvoll war Rosa Luxemburgs Bloßstellung des preußischen Protestantismus, dessen oberster Kirchenherr der Kaiser war, im Zusammenhang mit ihrer Verurteilung wegen ihrer Kriegsverweigerungs- und Anti-Kadavergehorsam-Agitation. Juristisch unanfechtbar hatte sie sich allein auf das Gebot „Du sollst nicht töten“ berufen, und ihren Reden nach der Verurteilung entnimmt man den Triumph ihrer Logik. Ihre Begründungen, weshalb allein die Sozialdemokraten ethische Werte wie christliche Gebote, Vaterlandsliebe, Freiheitsverständnis und Kulturfortschrittlichkeit verkörpern, sind unübertroffen und vermochten zu ihrer Zeit auch noch entsprechende Wirkung zu erzielen, wie Spitzelberichte glaubhaft machen. Diese medial genutzte antimilitaristische Agitationskampagne war ein Meisterstück sozialistischer Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit. Das geschliffene Wort kombiniert mit der Ratio geschichtlicher Erfahrungen und der Widerlegung manipulierender systemischer Propaganda bewies zumindest ihre Wirkung zu einer Zeit, als sich das „Offiziösentum“ (wie Ro-

sa Luxemburg das Kautskysche Theorie- und Politikverständnis und den sozialdemokratischen Mainstream apostrophierte) noch nicht auf die von den Dunkelmännern inszenierte Kriegsregie berufen konnte. Und es war diese Vorkriegsunerfahrenheit, die Rosa Luxemburg vor revolutionärem Selbstbewusstsein strotzen ließ. „... wie glauben denn die Knirpse, die heute das Ruder in der Hand haben, mit unserer Bewegung fertig zu werden? ... Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt in den Händen einiger Leute, die nimmer der allgemeinen Volksstimmung Ausdruck zu geben vermögen. Aber erfolgreiche Kriege werden nur geführt – das lehrt uns die Geschichte – solange die Völker mit Begeisterung hinter einem Krieg stehen oder ihn wenigstens erdulden und ertragen.“ (840) Dennoch war ihr bereits vor dem Sommer des Jahres 1914 klar, dass selbst in der Partei die Illusionen über den Imperialismus des globalen Kapitalismus einen verfehlten Glauben an die Stabilität des Friedenszustandes erzeugt hatten, der durch acht Kriege, vier Revolutionen und drei Wirtschaftskrisen globalen Ausmaßes und die Aufrüstung, bereits ad absurdum geführt war. (7/2, 851)

Als wenige Wochen später der inszenierte Weltkrieg mit seiner beispiellosen, das öffentliche Bewusstsein vernebelnden nationalen, chauvinistischen und alle systemischen Antagonismen leugnenden Manipulation begann, schrieb sie unter den Bedingungen des Belagerungszustandes und der Unterwerfung der Parteimehrheit unter die Militärdiktatur ungezeichnete und deshalb nicht in die originäre fünfbändige Werkausgabe aufgenommene Artikel

für die linke „Sozialdemokratische Korrespondenz“. Der Artikel „Die alte Wahrheit“ spiegelt mehr als die Kraft der Argumentation den Grad der Verblödung der öffentlichen Meinung, den die herrschenden Eliten einschließlich der in ihr Lager übergelaufenen Parteimehrheit zustande gebracht hatten. Dieser Artikel ist ein Mahnmal der Dummheit auch 100 Jahre später! „Partei und Vaterland“ ist mit Rückblick auf die Kriege 1813 und 1870 historisch-argumentativ stark, aber weniger populär verständlich als die bildhafte Sprache in „Die Alternative“. Luxemburgs zentraler Epochengedanke lautet: „Eine Gesellschaftsordnung, die zum Chaos führt, muß über kurz oder lang im Chaos untergehen. Rückfall der Menschheit in die Barbarei oder Wiedergeburt durch eine planmäßig organisierte, auf der Völkerverbrüderung basierende Gesellschaftsordnung – das ist die Alternative, vor der alle Kulturnationen durch den heutigen Weltkrieg, mag er ausgehen, wie er will, gestellt werden.“ (7/2, 893) In „Das Friedensgestade“ sah sie mit dem Regierungseintritt der Sozialisten die Chance eines „ehrenvollen Friede[ns] mit Frankreich“ und machte auf die Wandlung des deutscherseits als Verteidigung deklarierten Krieges in einen Annexionskrieg aufmerksam. (7/2, 895) „Der letzte Krieg“ stellte fest: „Mögen die Aushängeschilder dieses Krieges Vaterland, Nation, Rasse oder wie immer heißen. Seine wirkliche Wurzel ist der kapitalistische Imperialismus.“ (7/2, 897) Dies bekräftigend reflektierte „Eine verhängnisvolle Parole“ den zentralen deutsch-englischen Gegensatz als den epochebestimmenden imperialistischen Widerspruch. (7/2, 903) Geradezu für heute ge-

schrieben sind die Empfehlungen Rosa Luxemburgs, was unter den Bedingungen von kapitalistischer Krise, Krieg und Elend „Die Aufgaben der Arbeiterpresse“ gegen die „Salbadereien“ des populistischen „Philisterstammtisch[s]“ sein sollten: nämlich nicht „vom Leder“ zu ziehen ... „gegen die halbwilden verschlepten Inder, Turkos, Zuaven, Neger und anderes Geschmeiß“ (7/2, 909). „Sie nähren und schüren ... afterpatriotische Gesinnung. (...) Wer so handelt, „hilft nur neue Geißeln flechten für die Zukunft“. (7/2, 910) In „Halbaffen“ konstatierte Rosa Luxemburg: „Unter der dünnen Politur der geistigen Gesittung gähnt rohe Verachtung für ganze Völker, fließt der Geifer des Hasses für Millionen von Menschen anderer Sprache und anderer Gesichtsfarbe.“ (7/2, 912) Am Beispiel Werner Sombarts zeigte sie, dass die Stimmungsmache für den Krieg auch im akademischen Milieu jeden Glauben an die „bürgerlichen Menschheitsideale“ zerstört „und die Haubitzen die letzten Forts der bürgerlichen Ideologie zerschossen“ hatten. (7/2, 913) Im Dezember 1914 demonstrierte Rosa Luxemburg, wie sich mit dem Angebot Japans an Frankreich, Indochina für zehn Armeekorps gegen den Dreibund abzutreten, der Krieg globalisierte und der japanisch amerikanische Gegensatz im Stillen Ozean ankündigte. (7/2, 917)

Die historischen Parallelen zwischen dem beginnenden 20. und 21. Jahrhundert lassen Rosa Luxemburg nicht im Geringsten antiquiert erscheinen. Angesichts der heutigen Krisen und der Unfähigkeit, zu einer globalen tragfähigen Lösung der humanitären Katastrophe zu gelangen, und mit

Blick auf die Frage, in welcher Gesellschaft die Menschheit perspektivisch leben will, zählt Rosa Luxemburg auch weiterhin zum intelligentesten geistigen Erbe. Der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist zu wünschen, die Luxemburg-Edition in absehbarer Zeit um die inzwischen teilweise in deutscher Übersetzung bekannten polnisch-sprachigen Schriften zu komplettieren. Die unendliche Geschichte dieser nunmehr ins 21. Jahrhundert verschleppten Edition sollte endgültig beendet werden, nicht zuletzt auch um dem verhängnisvollen geistigen Klima dieser Welt abzuwehren.

Hartmut Henicke

Totalitarismus oder Revolution

Orlando Figes, Hundert Jahre Revolution. Russland und das 20. Jahrhundert, Berlin 2014, Hanser-Verlag, 384 S., 26,- Euro

Orlando Figes, geb. 1959, ist ein britischer Historiker und lehrt neue und neueste russische Geschichte am Birkbeck College an der University of London. Figes ist in der Zunft der Historiker nicht unumstritten, da er als anonymere Rezensent Eigenlob und Kollegenverriss betrieben haben soll und ihm vorgeworfen wurde, methodisch unsauber gearbeitet zu haben. Gleichzeitig kann er einige Auszeichnungen für seine Werke über die Geschichte Russlands, die ihm in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts verliehen wurden, verbuchen. Dass er ein Spezialist für russische Geschichte ist, steht allerdings außer Frage, manche seiner Deutungen hingegen bedürfen einer grundsätzlichen Auseinandersetzung.

Sein Ziel mit dem Buch „Hundert Jahre Revolution“ umschreibt der Autor in der Einleitung, sei es „die russische Revolution als Ganzes zu beschreiben und hundert Geschichtsjahre in Form eines einheitlichen revolutionären Zyklus darzustellen.“ (7) Und so setzt er ihren Beginn im Jahre 1891 an, als die Hungerkrise Hunderttausenden das Leben kostete. Das Ende des Revolutionszyklus wiederum falle mit dem Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 zusammen. (Ebd.) Schon in der Einleitung lässt Figes am Beispiel des kalten Krieges erkennen, wie er die Phasen der Revolution und der Sowjetunion zu historisieren beabsichtigt: „Der Kalte Krieg ist in diesem Sinne als Fortsetzung des internationalen Bürgerkriegs zu sehen, den die Bolschewiki 1917 einleiteten.“ (9) Alle sowjetischen Führungen hätten seit Lenins Tod 1924 an denselben Richtzielen festgehalten: dem Kommunismus als Gesellschaftsordnung und an einem neuen kollektiven Menschentyp. Insofern meint Figes, die Epoche des Sowjetkommunismus bzw. -sozialismus als einen einheitlichen Gesamtprozess behandeln zu können.

Gegen eine solche Periodisierung lässt sich mancher Einwand vorbringen. Wenn man eine ganz bestimmte, in sich zusammenhängende, weil von Staat, Ökonomie und Recht her formal definierte Geschichtsperiode zu einer revolutionären, d.h. im Kontext von Transformation und Kontinuität besonderen Periode erklärt, kann man sie theoretisch leichter als einen „Sonderfall“ oder „Unfall“ einer Nationalgeschichte charakterisieren. Dann wären die europäische Geschichte und die Weltgeschichte der letzten rund einhundert Jahre ein durch den Kommu-

nismus herausgeforderter Kampf des Totalitären gegen das Demokratische, ein Kampf, der seit 1991 entschieden sei, allerdings Russland heute noch beherrsche. Francis Fukuyamas Illusion vom „Ende der Geschichte“ mag hier genauso Pate gestanden haben wie Ernst Noltes „bolschewistischer Prius“ aus dem Historikerstreit von 1986/87. So wird Geschichtsschreibung reideologisiert und könnte im neuen Kalten Krieg erneut instrumentalisiert werden. Wenn Figes bereits in der Einleitung von der Kollektivierung der Landwirtschaft und deren teilweise katastrophalen Folgen als von einem „sozialen Holocaust“ schreibt, so kann man nur – und sei es noch so oft wiederholt – einwerfen, dass eine solche Begriffsverwendung die Singularität des faschistischen Völkermordes an den Juden relativiert. (11) Letztlich scheint es ihm aber vor allem um den Nachweis zu gehen, dass Revolutionen vor allem das Produkt von „bad governance“, also schlechter Regierungsführung, sind: „Folglich wurde die aufstrebende Arbeiterbewegung in hohem Maße von der zaristischen Regierung geschaffen“ (28), wie er stellvertretend für weitere Belegstellen am Beispiel der Unterdrückung von Gewerkschaften und Koalitionsfreiheit schlussfolgert.

Es ist sicher nichts Falsches an der Analyse, dass die Februarrevolution als eine allgemeine, alle Bereiche der Gesellschaft umgreifende Autoritätskrise verstanden werden sollte. (98) Doch hier an der Phänomenologie zu deuteln, als sei die Februarrevolution ein Vorläufer von „1968“, zielt am Kern vorbei. Es handelte sich um eine allgemeine Systemkrise, ausgelöst durch die ökonomische und politische Rückständigkeit und die militärische

Schwäche. Doch so konnten weiter drängende revolutionäre Kräfte wie z.B. die Bolschewiki die soziale Revolution im Massenbewusstsein verankern und die politische Achse nach links zu den Räten hin und weg von der „Provisorischen Regierung“ treiben, die seit Juli vom Menschewiken Alexander Kerenskij angeführt wurde. Schon die Vorgängerregierung des Fürsten Lwow hatte ihren Schwerpunkt nicht auf soziale Reformen, sondern auf Landesverteidigung gelegt. Und so nahmen sich die bürgerlich-demokratischen Regierungen von Februar bis Oktober 1917 selbst die Luft zum Atmen, aber nicht durch „bad governance“, sondern durch Ignoranz den Interessen der Massen der Arbeiter und Bauern gegenüber. Dass ab dem Jahr 1918 die Herrschaft des neuen Sowjetrussland immer stärker autoritäre Züge annehmen konnte, liegt weniger an den Charakteren der Revolution wie Lenin, Trotzki oder Stalin, sondern vor allem an den Rahmenbedingungen, die der aufgenötigte Bürgerkrieg schuf. Dass es keine Anknüpfung an demokratisch-sozialistische Herrschaftspraktiken gab, steht sicherlich in einem Kontinuitätskontext der politischen Kultur Russlands, etwa des Nationalismus. Doch bedeutete gerade Stalins „Sozialismus in einem Lande“ eine Abkehr von internationalistischen Prinzipien des Sozialismus und den Verzicht auf revolutionäre Fortentwicklung, wie es Trotzki durchaus im Sinn hatte. Von daher stellt Stalins Herrschaft nicht den Bestandteil einer Revolution dar, wie Figes es deutet, sondern die Stabilisierung einer neuen Herrschaftsform auf diktatorischer Basis und staatssozialistischer Wirtschaft. Und dies angesichts einer latenten Bedrohung durch

die „globale Gegenrevolution“. (Frank Deppe, Z 109: 8-31) Genau so wenig ist es historisch geboten, die Zeit von 1914-1990 in Deutschland als einen gesamtrevolutionären Prozess zu verstehen, der erst mit der deutschen Einheit und der Gültigkeit des westlich-liberalen Parlamentarismus im Gesamtstaat sein Ende gefunden habe. Dieser Neigung jedoch unterliegt Figes latent in seiner Grundthese, die eigentlich wenig Anderes besagt, als dass der Westen seinen Frieden mit sich selbst gefunden habe, Russland hingegen noch immer durch die Allgegenwart autoritärer Herrscher im geistigen und politischen Unfrieden mit sich selbst lebe: „Nach 1991 konnten die Russen durchaus den Eindruck haben, dass sich nichts verändert hatte, jedenfalls nicht zum Besseren. Zweifellos waren viele nach 1917 einer ähnlichen Meinung gewesen“. (345) Diese und andere Pauschalurteile und Voreingenommenheiten überlagern bei weitem auch zutreffende Feststellungen des Autors. Spitzfindig müsste man die Methodik des Autors mit der Bemerkung hinterfragen, wo denn eigentlich eine Revolution stattgefunden habe, wenn sich in Herrschaft, Wirtschaft und Kultur eigentlich nichts verändert habe. Insofern ist Figes' Buch weniger ein Beitrag zur politikwissenschaftlichen oder historischen Debatte über die Rolle der Sowjetunion im „kurzen 20. Jahrhundert“ (Hobsbawm), sondern eher zur politisch-kulturellen Kluftbildung innerhalb Europas.

Holger Czitrich-Stahl

Honecker, anders

Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor. München: Verlag C. H. Beck 2016. 623 S., 27,95 Euro.

Während der Prozesse gegen Mitglieder des SED-Politbüros nach 1989 wurde von der Justiz Personal beschäftigt, das teilweise noch in der DDR ausgebildet war und in diesem Fall den neuen Herren gefällig zu sein suchte. Die Archivarin und Historikerin Dr. Monika Kaiser gab bekannt, Erich Honecker habe 1935 die Kurierin Sarah Fodorová verraten. Dies wurde eine Vorlage für den Juristen Peter Przybylski. In der DDR prominent als Teilnehmer der Fernsehserie „Der Staatsanwalt hat das Wort“, äußerte er sich 1991 wie folgt: „Der Freispruch für die Jüdin Sarah Fodorová dürfte sie kaum vor der Gestapo gerettet haben. (...) Das Geheime Staatspolizeiamt beeilte sich, Beschwerde gegen den Fodorová-Freispruch einzulegen und eine Verurteilung der Frau zu verlangen – unter Verweis auf die belastenden Aussagen Honeckers während der Voruntersuchung. Von da an verliert sich die Spur der Tschechin.“

Die solcherart Totgesagte meldete sich aus Israel, wo sie – nach ihrer Heirat unter dem Namen Wiener – hochbetagt als Ärztin lebte: sie sei gerettet worden, weil Erich Honecker sie damals gedeckt habe.

Im Spätsommer 2016 kündigte „Der Spiegel“ das Buch „Erich Honecker. Das Leben davor 1912-1945“ von Martin Sabrow, Direktor des Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschung (ZZF) in Potsdam, an. Dort würden Unwahrheiten, die der Staatsratsvorsitzende der DDR in seinem

Buch „Aus meinem Leben“ (1980) über sein Verhalten 1933-1945 verbreitet habe, widerlegt. Wer eine Wiederholung der Kaiser-Przybylski-Ente erwartet haben mochte, sieht sich allerdings enttäuscht.

Auch dieses Buch ist eine Dekonstruktion: nicht einer Person, sondern des Lebensberichts Erich Honeckers von 1980, der im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED erstellt, von Ghostwritern (hauptsächlich Harald Wessel) niedergeschrieben, allerdings vom Generalsekretär autorisiert wurde. Dieser steuerte Tonbänder, auf die er seinen Bericht gesprochen hatte, bei. Bereits 1970 hatte er seinen Kaderunterlagen einen autorisierten Lebensabriss beigefügt.

Für Sabrow sind die Selbstzeugnisse nicht beschönigende Abweichungen von der tatsächlichen Geschichte, sondern Beispiele einer „kommunistischen Kontinuitätsbiografie“ (18), in der das Leben eines Funktionärs als Teil der Gesamtbewegung dargestellt und dabei ausgespart wird, was mit dieser nicht übereinstimmt. Sie folgen einem „kämpferischen Heldennarrativ“. (322) Womit man es hier zu tun habe, sei „der auf Kontinuität und unwandelbare Standfestigkeit ausgelegte Typus der kommunistischen Herrscherbiographie“ (449). Die Dekonstruktion, die Sabrow vornimmt, erfolgt durch Heranziehung alles derzeit verfügbaren Quellenmaterials zum Leben Erich Honeckers. Dabei wird eine andere Person sichtbar: facettenreicher und lebendiger als das Denkmal.

Dabei bedient sich auch Martin Sabrow eines Typus, der älter ist als

das Muster der kommunistischen Selbstdarstellung: es ist die klassische „bürgerliche“ Biografie, wie sie sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hat und mittlerweile für bestimmte Personen – Goethe, Bismarck, neuerdings durchaus auch Marx – in nahezu jeder Generation neu geschrieben wird. Üblicherweise beginnt sie mit dem, was man früher die „Ahnen“ nannte. Im Fall Erich Honeckers gehen sie bis ins späte Mittelalter zurück. Ursprünglich hieß die Familie „Honegger“, stammt aus der Schweiz und wurde später weit verstreut: einige blieben, andere gingen in die USA, eine Linie kam an die Saar. Sie waren lange Zeit bäuerliche Pächter auf Lehnland. Sabrow lässt es sich nicht nehmen, unter Rückgriff auf Regionalgeschichtsschreibung weit auszuholen: „Für den Hof, der bis zu deren Aussterben Eigengut der Herren von Batzenberg gewesen war, ist aus dem Jahr 1467 eine Korn und Federvieh umfassende Zinsaufstellung erhalten, die ein Hanns Honegger oder Hochnegger dem Kloster Rüti zu entrichten hatte.“ (33) Zu den äußersten Verzweigungen dieser Verwandtschaft gehört wahrscheinlich auch der Komponist Arthur Honegger, auf jeden Fall aber ein anderer Staatsmann: „1982 bekleidete der eidgenössische FDP-Politiker Fritz Honegger, Nachfahre Hans Honeggers in der elften Generation, das Amt des Schweizer Bundespräsidenten und der ostdeutsche SED-Politiker Erich Honecker, Nachfahre desselben Hans Honeggers in der zehnten Generation, das Amt des DDR-Staatsratsvorsitzenden.“ (34)

Entgegen der offiziellen Biografie waren die saarländischen Honeckers des 19. und 20. Jahrhunderts nicht

reines Bergbauproletariat, sondern Mondscheinbauern: sie betrieben lange Zeit nebenbei noch Landwirtschaft, von der sie sich nur langsam lösten. Der Vater Erich Honeckers, Wilhelm Honecker, war im Ersten Weltkrieg zwar bei der Marine, aber kein „Roter Matrose“: er wurde bereits 1917 für den heimischen Bergbau reklamiert. Nach der Revolution schloss er sich der KPD an. Bekannt ist eine Fotografie des Spielmannszugs von Wiebelskirchen: der Vater an der großen Trommel, sein Sohn Erich an der kleinen. Letzterer war von früh an über Kindergruppe und den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) in das die Partei umgebende Milieu integriert. Die Dachdeckerlehre brach er ab, als er – schon ein regionaler Jugendfunktionär – an die Internationale Lenin-Schule in Moskau delegiert wurde. Allerdings hatte er die Ausbildung erst beginnen können, nachdem er eine Zeit Gehilfe gewesen war. Die Berufsbezeichnung „Dachdecker“ – auch in den späteren offiziellen Haftunterlagen – ist in diesem Sinn nicht unzutreffend. Honecker hat noch im Alter Wert auf die Feststellung gelegt, dass er durch seine Dachdecker-Einsätze in Außenkommandos seiner Zuchthauszeit die Lehre praktisch abgeschlossen und es als Vorarbeiter sogar zu einer Art Meister gebracht habe.

Er kam als Berufskader aus Moskau zurück und war ab 1933 im Widerstand für den KJVD Polleiter an der Saar, dann im Ruhrgebiet, „Oberberater“ in Südwestdeutschland und schließlich – während des Abstimmungskampfs 1935 – wieder an der Saar.

Bedrückend lesen sich die Schilderungen der Repressionen im Ruhrgebiet: Ein V-Mann der Gestapo war in den regionalen KP-Apparat eingeschleust, unter der Folter wurden Verhaftete zu Spitzeln umgedreht oder doch zu Aussagen gepresst. Offenbar war es nahezu unmöglich, der Tortur zu widerstehen. Wer mit seinen Einlassungen Genossinnen und Genossen nicht belastete, hatte das Glück im Unglück, nur das preisgeben zu haben, was die Gestapo ohnehin schon wusste. Das war nicht nur eine Sache der Intelligenz und des körperlichen und psychischen Durchhaltevermögens, sondern auch der jeweiligen Umstände. Martin Sabrow hat sich mit der kleinräumlichen Topographie von Widerstand und Verfolgung vertraut gemacht, unter anderem der Gegend um das Kino „Lichtburg“ in Essen, das als illegaler Treffpunkt diente.

In Südwestdeutschland wurde Erich Honecker von Herbert Wehner angeleitet. In seinem Auftrag organisierte er einen demonstrativen Sprengstoff-Anschlag am Tag der Saar-Abstimmung. Laut Sabrow habe er nicht nur damals, sondern auch in seinem gesamten späteren Leben zu Wehner aufgeblickt. Noch in seinem Buch „Aus meinem Leben“ sei dies spürbar. Hier schrieb er über Wehner: „Ich habe damals viel von ihm gelernt.“ (175) Nach seinem Sturz äußerte er in einem Interview mit Reinhard Andert: „In dieser Zeit entwickelte sich ein enges persönliches Verhältnis zwischen Herbert Wehner und mir.“ (Ebenda) In einem Protokoll einer gerichtsärztlichen Untersuchung von 1992 findet sich der Vermerk: „Überhaupt erzählt er,

ohne dazu aufgefordert zu sein, so, dass er den besten Kontakt mit Herbert Wehner gehabt habe.“ (Ebenda)

Im Fall des ersten Zitats könnte es sein, dass Sabrow der von ihm ja sonst sorgfältig beachteten Tatsache nicht Rechnung trug, dass es in einer Art parteioffiziellen Dokument steht und zu einem Zeitpunkt veröffentlicht wurde, in dem sich die SED um bessere Beziehungen zur SPD und auch um eine Revision ihres bisherigen negativen Wehner-Bildes bemühte.

Der junge Honecker wird als ein guter Redner im Abstimmungskampf, mit Ausstrahlung über die Verbandsgrenzen hinaus, geschildert. In Moskau und an der Ruhr unterhielt der offenbar attraktive junge Mann Liebesbeziehungen, schließlich verlobte er sich an der Saar mit Charlotte Schon, die ebenfalls aus einer kommunistischen Familie kam.

Nach der verlorenen Abstimmung wich Honecker nach Paris aus, wo er das prekäre Leben eines Emigranten führte, der von der Organisation nur kärglich unterstützt werden konnte und zunächst keinen Auftrag hatte. Seine schließliche Abordnung nach Berlin war ein Himmelfahrtskommando. Er war nicht ortskundig. Honecker sollte aber abgerissene Verbindungen des KJVD wieder anknüpfen. Nach kurzer Zeit, am 4. Dezember 1935, erfolgte seine Verhaftung.

Der Autor geht deren Umständen detailliert nach. Als Honecker im Anhalter Bahnhof einen Koffer mit Propagandamaterial, den Sarah Fodorová in der Gepäckaufbewahrung deponiert hatte, abholte, fühlte er sich beobachtet. Um schneller entkommen zu können, nahm er ein Taxi und nannte sei-

ne Adresse, musste aber feststellen, dass ein Auto die Verfolgung übernommen hatte. Deshalb stieg er wieder aus, ließ den Koffer zurück, um schnell flüchten zu können, und konnte tatsächlich entkommen. Das Material wurde zwar gefunden, aber aus ihm ergaben sich keine Hinweise auf Fodorová oder Honecker. Doch konnte die Gestapo vom Taxifahrer die Adresse erfahren, und am nächsten Morgen erfolgte im Wedding der Zugriff.

Honecker wurde nicht gefoltert, die Gestapo gab den Fall nach kurzer Zeit an die Staatsanwaltschaft ab. Die Ursache: der KJVD in Berlin war schon weitgehend dekonspiriert. Eine junge Genossin war festgenommen, wieder freigelassen, aber weiter dicht beschattet worden. Ohne es zu wissen, führte sie bei den Treffs, die sie wieder aufnahm, die Verfolger zu den verbliebenen Verbindungsstellen. Honecker berichtete später, dass er, nachdem die Staatsanwaltschaft die weiteren Vernehmungen übernommen hatte, von dem Amts- und Landrichter Hans-Joachim Rehse geschlagen wurde. Dessen Nachkriegskarriere in der Bundesrepublik wurde zu einem der skandalösen Beispiele für ungesühnte Nazi-Justiz.

Sabrow würdigt Honeckers flexibles Verteidigungsverhalten. Dieser machte in der Untersuchungshaft und vor Gericht umfangreiche Aussagen, ohne jemanden zu belasten oder zu verraten. Seine scheinbare Kooperationsbereitschaft wirkte offenbar ablenkend: Staatsanwaltschaft und Gericht vermuteten bei ihm kein weiteres, ihnen noch unbekanntes Wissen. Ausführlich geht Sabrow dem „Fall Fodorová“ nach. Er widerlegt

die Legende über Honeckers angeblichen Verrat und berichtet, dass diese „sogar noch die Bundesregierung in ihrer Entschlossenheit, die Rücküberstellung des 1991 nach Moskau geflohenen Ex-Diktators mit allem gebotenen Nachdruck zu betreiben,“ bestärkt habe. (317). Er zitiert zwei Erklärungen von Dr. Sarah Fodorová-Wiener aus dem Jahr 1992: „Ich verdanke Erich Honecker mein Leben. Daran besteht für mich gar kein Zweifel“, (Ebenda) und: „Ich bin vom Gericht freigesprochen worden aus Mangel an Beweisen. Das geschah dank der Aussagen und des Verhaltens von Honecker.“ (Ebenda)

Nach Honeckers Verhaftung brach die Verbindung zu Charlotte Schon ab. Eine Kurierfahrt nach Berlin für den KJVD war für sie mit solcher Angst verbunden, dass sie sich anschließend von aller politischen Arbeit zurückzog. Sie heiratete einen Schlosser aus einer konservativen Familie. Einem Versuch Honeckers nach 1945, noch einmal Kontakt zu ihr aufzunehmen, entzog sie sich ebenso wie fast allen Fragen nach diesem Teil ihrer Vergangenheit. Sie starb 2001. Ihre Schwester Emilie Stölzer kam 1941 im Arbeitslager Workuta ums Leben. Deren Mann war 1938 als angeblicher Trotzkiist in der Nähe von Moskau erschossen worden.

Erich Honecker, 1937 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde Häftling 523/37 in Brandenburg Görden. Er war Kalfaktor und wird als unauffälliger Gefangener beschrieben. Die Kommunisten im Zuchthaus hielten Kontakt untereinander. Honecker war einbezogen, aber nicht an führender Stelle. Auf seine Bitte hin stellte sein Vater im Oktober 1939 ein Gnadens

gesuch, das „in erniedrigender Sklavensprache gehalten war“. (347) Sein Sohn sei von einer auswärtigen Macht verführt worden und habe sich inzwischen, wie er selbst, gewandelt. In seiner Bitte an den Vater hatte Erich Honecker angeführt, „daß ich nicht hinter jenen zurückstehen möchte, die den Frieden und die Zukunft des deutschen Volkes mit der Waffe verteidigen.“ (346)

Unter den kommunistischen Gefangenen in Brandenburg gab es keine einheitliche Position dazu, „ob es sich für einen Straferlass um den Preis der eigenen Demütigung zu kämpfen lohne. Einzelne vertraten vehement die stolze Meinung, dass jedes Gnadengesuch das Eingeständnis der eigenen Schuld verlange und sich daher von selbst verbiete; mehrheitlich fand man aber wohl, dass der Zweck das Mittel heilige und jede Chance genutzt werden müsse, die Freiheit wiederzuerlangen.“ (347)

Es gab 1939 einen Kontext, den Martin Sabrow nicht erwähnt. Nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt schrieb Ernst Thälmann per Kassiber an Stalin, es sei angebracht, dass er jetzt aus der Haft entlassen werde.¹ Jungkommunisten aus dem Ruhrgebiet, die nach kurzer Haft in die Niederlande gewechselt waren, wurden dort mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als feindliche Ausländer interniert. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht schrieben sie an die Besatzungsmacht und verlangten ihre Freilassung, da jetzt ja

Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion bestehe.²

Das Gnadengesuch von Erich Honeckers Vater wurde abgelehnt und 1942 neu gestellt. Es war die Zeit, als in Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern Freiwillige für die Wehrmacht angeworben wurden. Wieder waren die kommunistischen Gefangenen darüber geteilter Meinung. Einige waren für Weigerung. Andere, die die revolutionären Positionen vom Ende der Weimarer Republik beibehalten hatten, argumentierten, hier habe man die Chance, an Waffen heranzukommen; wieder Andere hofften auf die Möglichkeit, zur Roten Armee überzulaufen, was in Einzelfällen gelang. (376)

Statt in die Wehrmacht kam Erich Honecker in ein Außenkommando: Bomben- und Trümmerräumung und Dachdecken in Berlin. Wegen der ständigen Einsätze kehrte sein Trupp nicht mehr nach Brandenburg zurück, sondern wurde in der Hauptstadt inhaftiert. Als am 26. Februar 1945 beim schwersten Luftangriff auf Berlin Luftminen einen Zellenflügel des Frauengefängnisses in der Barnimstraße trafen, retteten Honecker und die Wachtmeisterin Charlotte Schanuel unter Einsatz ihres Lebens Verschüttete. Der für die Berliner Haftanstalten zuständige Erste Staatsanwalt Erich Kolb ließ ihn sich vorführen, um ihn zu belobigen. Jetzt wurde eine Begnadigung wahrscheinlicher. Honecker wollte sie aber nicht mehr, denn der Ring um die Stadt schloss sich. Zusammen

¹ Siehe Wolfram Adolphi und Jörn Schütrumpf (Hrsg.), Ernst Thälmann. An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941. Berlin 1996.

² Mündliche Mitteilung von Heinz Junge (Essen) 1992 (GF).

mit seinem Genossen Erich Hanke flüchtete er am 6. März. Doch die Anlaufadressen, an denen sie vorsehen wollten, existierten nicht mehr. Während Hanke bei Verwandten unterkam, wurde Honecker von Charlotte Schanuel in ihre Wohnung aufgenommen. Als ein Teil des Hauses zerbombt wurde, konnte er dort nicht bleiben. Er kehrte ins Gefängnis zurück. Normalerweise hätte dies die Auslieferung an die Gestapo nach sich gezogen. Doch Kolb hielt seine Hand über ihn und gliederte ihn stillschweigend in sein Arbeitskommando ein, das wieder nach Brandenburg verlegt wurde. Denkbar ist, dass Charlotte Schanuel dabei vermittelte.

Am 27. April 1945 wurde das Zuchthaus Brandenburg durch die Rote Armee befreit. Die Mehrzahl der Gefangenen, vor allem Kriminelle, verließ sofort die Haftanstalt. Die Effektenkammer wurde geplündert. Dagegen blieben die politischen Gefangenen noch einen Tag, bemühten sich, Ordnung herzustellen und marschierten dann unter Vorantragen einer roten Fahne nach Berlin, wo sie eine enttäuschende Begegnung mit Walter Ulbricht hatten.

Erich Honecker war nicht dabei: er hatte Brandenburg bereits am 27. April mit der Mehrheit der Gefangenen verlassen und zog wieder zu Charlotte Schanuel. Nun führte er eine Art Doppelleben: Er beteiligte sich an einem Antifa-Ausschuss und wurde von Ulbricht als Kader rekrutiert; seine Privatleben aber blieb getrennt davon. Charlotte Schanuel war unpolitisch. Ein Aufnahmeantrag für die NSDAP war nicht beschieden worden. 1946 heirateten die beiden. Trauzeuginnen waren zwei Strafvoll-

zugsaufseherinnen, Genossen waren nicht anwesend. 1947 starb Charlotte Schanuel an einer Gehirnkrankheit. Die „in der Boulevardpresse geäußerte Vermutung, er [Honecker] habe den Tod seiner Frau womöglich selbst herbeigeführt, um für eine neue Beziehung, diesmal zu Edith Baumann, frei zu sein, ist auf nichts gegründet als auf die Phantasie ihres Autors.“ (585)

In „Aus meinem Leben“ (1980) sprach der Staatsratsvorsitzende ohne Namensnennung von einer „Aufseherin“, nach seinem Sturz in einem nicht autorisierten Interviewband von der „Wachtmeisterin Charlotte Schanuel“. (363/364) Die Ehe mit ihr erwähnte er nicht.

Martin Sabrows Buch „Erich Honecker. Das Leben davor 1912-1945“ ist eine große wissenschaftliche, literarische und moralische Leistung. Das letzte Adjektiv meint die faire Distanz und die menschliche Empathie gegenüber einem Mann, dem der Autor keinen politischen Rabatt gibt.

Zwei Mini-Fehler: Nicht 1889, sondern 1890 hat eine Wahl zum Deutschen Reichstag stattgefunden. (46) „Ernst Mey“ (75) hieß May.

Georg Fülberth

Bürokratie der Vernichtung

Robert Cohen, Der Vorgang Benario. Die Gestapo-Akte 1936-1942, edition berolina, Berlin 2016, 188 S., 15,50 Euro

Die kommunistische Kämpferin Olga Benario gehört zu den Protagonistinnen in Robert Cohens großartigem Roman „Exil der frechen Frauen“ (vgl. die Rezension in Z. 86). Cohen

hat mit diesem Roman am Schicksal dreier Frauen aus der kommunistischen Weltbewegung ein Panorama der politischen und kulturellen Kämpfe der 1930er und 1940er Jahre und vor allem des Widerstands von Frauen entworfen.

Olga Benario hat den Autor auch über den Roman hinaus als historische Figur interessiert, steht sie doch für das Schicksal ungezählter, häufig namenloser Frauen (und auch Männer) des kommunistischen Widerstands, die in der Gewaltmaschinerie der Nazis, andere im Stalinismus, zerrieben wurden. Schon 2013 hat Cohen den Briefwechsel von Olga Benario und ihrem Lebensgefährten, Luiz Carlos Prestes, wie sie ihn zwischen dem Gefängnis in Brasilien und Konzentrationslager in Deutschland führen konnten, herausgegeben. Jetzt legt Cohen mit „Der Vorgang Benario“ die von ihm gesichteten Aktenbestände zum Fall Benario vor, wie sie sich in einer Onlinepublikation bisher unzugänglicher Akten des deutschen Reiches in russischen Archiven fanden.

Acht Aktenbände mit bis zu 2000 Blatt zum Vorgang Benario hat Cohen gesichtet und damit, wie er schreibt, „die vielleicht umfassendste Sammlung von Dokumenten zu einem einzelnen Opfer des Holocaust“ vorgelegt (8). Eine Auswahl von ca. 250 Blatt wird im Buch präsentiert, vom Autor gekürzt und „bis in einzelne Sätze und Formulierungen hinein bearbeitet.“ (29) Weder Geschichtsbuch noch Dokumentensammlung sei das Ziel der Veröffentlichung. Die Bearbeitung solle die Spezifik der Nazisprache deutlicher hervortreten lassen. Ziel der literarischen Bearbeitung sei es gewesen, „dem nicht abschließbaren Versuch

des Verstehens ein Maß an Erkenntnis hinzuzufügen.“ (29)

Olga Benario, geboren 1908 in gutbürgerlichen Verhältnissen in München. Jüdisch-deutsche Familie, Vater Sozialdemokrat, Mutter konservativ und um Anschluss an die bürgerlichen Kreise der Stadt bemüht, dem jedoch der Antisemitismus der Vornazizeit im Wege stand. Mit 15 Jahren tritt Olga dem kommunistischen Jugendverband bei, 1925 lebt sie bereits in Berlin. Otto Braun, Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes, wird ihr Geliebter. Ihn befreit sie in einer spektakulären Aktion 1928 aus der JVA Moabit – mit dieser Szene setzt Cohens Roman „Exil der frechen Frauen“ ein und zeigt gleich: hier handeln Frauen nicht als Anhängsel von Männern sondern als selbständige und selbstbewusste Akteurinnen. Benario und Braun fliehen nach Moskau, wo Olga Benario als Agentin der Komintern ausgebildet wird. „Sie kann alles, was angeblich nur harte Männer können: mit Waffen umgehen, Fallschirmspringen, ein Flugzeug pilotieren, körperliche Leiden ertragen (...).“ (11) Von Braun mittlerweile getrennt lernt die Benario 1934 in Moskau Luiz Carlos Prestes kennen. Prestes, Aufständischer und Revolutionär in Brasilien, wird von der Komintern unterstützt, um den Aufstand in Brasilien zu organisieren. Olga Benario wird seine Leibwächterin auf dem Weg nach Brasilien und später seine Geliebte. Vier Monate sind sie von Moskau nach Rio unterwegs. Im April sind sie dort, im November bricht der Aufstand – zu früh – aus und bricht schnell zusammen. Gefängnis, Folter, Trennung. Während Prestes in Brasilien der Prozess gemacht wird,

deportiert man Olga Benario, im siebten Monat schwanger, zusammen mit ihrer Genossin Elisabeth „Sabo“ Ewert nach Deutschland, wo die Nazis auf sie warten. Anita Leocádia, ihre Tochter, kommt am 27. November 1936, in der Gefangenschaft, zur Welt.

Vom Frauengefängnis in Berlin/Barnimstraße über das KZ Lichtenburg bis nach Ravensbrück reichen die Orte des Leidens für Olga Benario. Knapp sechs Jahre, vom September 1936 bis Mai 1942 ist sie Gefangene der Nazis, dann wird sie in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg mit Gas ermordet.

Die präsentierten Aktenstücke zeigen eine Bürokratie der Verfolgung und Vernichtung, die das Leid der davon Betroffenen hinter der hölzernen Sprache der Ämter zum Verschwinden zu bringen droht. Auf der einen Seite wundert sich der Leser über die unendlichen Briefwechsel zu Fragen der Schreib- und Besuchserlaubnis, zur Übergabe von Paketen, Geldanweisungen, Zensur von Briefen und Konfiszierung von Büchern und Zeitschriften. Die von Ernst Fraenkel beschriebene Spaltung des NS-Staates in den Normen- und Maßnahmestaat lässt sich anhand der Akten nachvollziehen. Wo man dem Faschismus begründungslose Willkürmaßnahmen zutraut wundert man sich, warum über Wochen und Monate zwischen Ämtern über Auslandsdelegationen in Sachen Benario, die Frage einer möglichen Ehe zwischen Benario und Prestes und den weiteren Umgang mit dem Kind verhandelt wird. Und doch basiert der gesamte Vorgang auf Willkür, gibt es doch keinerlei Verfahren gegen Olga Benario, geschweige denn ein Urteil.

Drei Punkte erschienen dem Verfasser bei der Lektüre der präsentierten Aktenauszüge besonders interessant. Auf den ersten Punkt weist Robert Cohen selber im Vorwort hin. Inhaftiert und als Staatsfeindin behandelt wird Olga Benario als „gefährliche Kommunistin“. Als solche wird sie mehrfach von der Gestapo befragt bzw. zu schriftlichen Darlegungen aufgefordert. Der ausführliche und auch präsentierte Lebenslauf enthält jedoch nichts, was die Nazis nicht ohnehin über sie wussten. Keine Namen, keine Orte, keine organisatorischen Zusammenhänge gibt sie preis. Im Laufe der Zeit spielt jedoch der jüdische Hintergrund der Benario eine immer größere Rolle, parallel zur wachsenden Bedeutung des Antisemitismus für das Regime. Von der „kommunistischen Jüdin“, der „Volljüdin“ ist dann die Rede, schließlich wird ihrem Namen der Vorname Sara hinzugefügt. Während sich Olga Benario noch um den Nachweis ihres Austritts aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft bemüht, um ihr Kind als „disident“ und nicht als „mosaisch“ eintragen zu lassen, wird sie von den Nazis wieder zur Jüdin gemacht.

Der Nachweis der Ehe mit Prestes ist ein zweiter Strang ihres Ringens, der sich über Jahre zieht. Die Ehe mit einem ausländischen Staatsbürger hätte zumindest die geringe Hoffnung auf Freilassung und Ausweisung begründet. Jedoch geben Benario und Prestes mit Moskau und Frankreich zwei unterschiedliche Orte der angeblichen Hochzeit an, so dass die Nazis ihre Zweifel bestätigt sehen.

Während ihre „Schwiegermutter“, Dona Leocádia Prestes, sich über Jahre für ihre Freilassung einsetzt und

schließlich Anita aus dem Gefängnis holen kann, will ihre leibliche Mutter nichts mehr mit der kommunistischen Tochter zu tun haben und auch ihre Enkeltochter nicht aufnehmen, sollte die Tochter weiter Kommunistin und der Vater des Kindes ebenfalls Kommunist sein. Genützt hat Eugenie Benario diese Distanzierung von der Tochter nichts. Als Jüdin wird auch sie von den Nazis 1943 im KZ Theresienstadt ermordet, ein Jahr nach ihrer Tochter.

In ihrer Nüchternheit erschrecken die präsentierten Aktenstücke erst beim zweiten Blick. Kein Fanatismus, kein Hass macht sich sprachlich bemerkbar, aber in ihrer Unerbittlichkeit scheinen sie dem Individuum keine Lebenschance in der Maschinerie der Vernichtung einzuräumen. Hört man am Anfang noch die Stimme von Olga Benario in Briefen und Eingaben, verstummt diese immer mehr, bis nur noch das Räderwerk des Todes zu vernehmen ist.

Gerd Wiegel

Ihre Kultur – und unsere

Luciana Castellina, Die Entdeckung der Welt, mit einem Vorwort von Lucrezia Reichlin, aus dem Italienischen von Christiana Barckhausen-Canala, herausgegeben von Gabriella Angheleddu, LAIKA-Verlag Hamburg 2016, 216 Seiten, 21 Euro

„Ich vermute ja, dass meine Probleme im reglementierten Bachelor-Studiengang etwas zu tun haben könnten mit den Problemen der Auszubildenden in den Betrieben. Aber ich kenne überhaupt keine. Wann und

wo könnte ich die denn treffen?“ Diese Frage eines jungen Studenten in einer Debatte über Rechtspopulismus und Klassenbewusstsein in der Frankfurter Brotfabrik am 27. März 2017 manifestiert den Verlust der gemeinsamen Kultur von Intellektuellen und Arbeiter_innen, einer einst sehr lebendigen Kultur. Von ihr erzählt ein spannendes, heiteres Buch, das 2011 in Italien erschien und dort für den renommierten Premio Strega nominiert war: *La scoperta del mondo*. Dankenswerter Weise hat es der Hamburger Laika-Verlag im vergangenen Jahr auf Deutsch publiziert, in sorgfältiger Übersetzung und Edition; die erklärenden Anmerkungen machen es zu einem kleinen Kompendium der italienischen Nachkriegsgeschichte. Es stammt aus der Feder einer Grande Dame der europäischen, zugleich Protagonistin des wechselvollen Schicksals der italienischen Linken: Luciana Castellina. Juristin, Journalistin, 1929 in Rom geboren, 1947 Mitglied des PCI, 1969 Mitbegründerin von *il manifesto*, Parteiausschluss, Mitbegründerin des Partito di Unità Proletaria per il Comunismo (PdUP), 1985 wieder im PCI. „Wir kehrten in Ehren zurück. Im gemeinsamen Kommuniqué hieß es ..., dass Brüche manchmal nützlich seien, um zu einer tiefergehenden Debatte anzuregen.“ (192). Von 1976 bis 1983 war Luciana Castellina Abgeordnete im italienischen, von 1979 bis 1999 im europäischen Parlament, dort lange Jahre Mitglied im Kulturausschuss.

„Oma, stimmt das, dass du Kommunistin bist?“ „Ja klar, Vito. Auch dein Opa ist Kommunist.“ „Opa? Nein, Oma, das kann nicht sein! Opa ist doch so nett.“ So kramte Luciana

Castellina ihre alten Tagebücher vom Juli 1943 bis zum Herbst 1947 wieder hervor, die ihren keineswegs geradlinigen Weg als Vierzehn- bis Achtzehnjährige in die kommunistische Bewegung dokumentieren, und machte daraus ein Buch für ihre Kinder und Enkel. Ein Buch, das wie ihre Tochter Lucrezia Reichlin im Vorwort zur italienischen Ausgabe bemerkt, auch den Titel „Das Glück“ tragen könnte. „Denn was ist Glück, wenn nicht das Erkennen der humanistischen Wahrheit, der zufolge man ein Individuum ist und wählen kann, die Existenz aber erst eine Bedeutung erlangt, wenn man Teil von etwas Großem ist – wenn man entdeckt, dass man entscheiden kann, Teil einer Gemeinschaft und in ihr man selbst zu sein.“ (Lucrezia Reichlin, 11)

Das Glück kann man sehen: Mit Schwung springt auf dem Coverfoto die kleine Luciana Castellina von einem Boot ins offene Meer, in die Welt: Eine ebenso beherzte wie lustvolle Reise beginnt am 25. Juli 1943, auf einem Tennisplatz in Riccione. Lucianas Partnerin, Anna Maria, muss auf Zuruf eines Wachmanns plötzlich das Spiel unterbrechen. Wie erst in der Nacht darauf bekannt wird, hatte man gerade ihren Vater verhaftet, Benito Mussolini. Bis zu diesem Ereignis hatten eine heiß verehrte, faschistische Lehrerin und ein unkonventionelles, bildungsbürgerliches Elternhaus Luciana Castellina gleichermaßen geprägt. Nino, ihr geliebter Stiefvater, als Kriegsrichter nach Verona eingezogen, „...brachte eine gute Portion Gegnerschaft zum Regime in unsere Familie ... Nicht, dass Nino irgendetwas getan hätte, Gott bewahre... Aber dem legendären Buchhänd-

ler Tombolini ... gelang es, ihm aus Paris verbotene Bücher zu besorgen... Nach und nach begann ich, in ihnen zu blättern. Interessanterweise geriet das, was ich da las und in den Gesprächen zuhause hörte, nicht im Geringsten in Kollision mit dem, was in der Schule erzählt wurde...“ (29) Zunächst geht der Krieg weiter, an der Seite der Deutschen. Brüder von Freundinnen geraten in Gefangenschaft, fallen. Bombardements, Sirenengeheul. Die grauenvollen Verbrechen der Faschisten, die Massaker an Widerstandskämpfer_innen, Partisan_innen geraten erst nach der Befreiung wirklich in ihr Blickfeld, dann aber umso eindrücklicher, schmerzhafter. Und erst nach Mussolinis Sturz, in der „offenen Stadt Rom“ wird dem jungen Mädchen klar, dass die jüdischen Verwandten ihrer Mutter in großer Gefahr schweben. Einige von ihnen verstecken sich in der kleinen, römischen Villa ihrer Familie. – Übrigens war Roberto Rosselinis Roma, città aperta hierzulande bis 1960 für öffentliche Vorführungen verboten und ist seitdem nur in einer mit Abschwächungen und sinnentstellenden Kürzungen versehenen deutschen Fassung gezeigt worden. Neugierig auf Bücher und Filme ist die kleine Luciana schon vor dem Neorealismo, zur Mussolini-Zeit: „Ich glaube, dort im Saal des Kinos Guf in Verona, höre ich zum ersten mal die Worte ‚Sowjetunion‘ und ‚Kommunist‘. So sehr die Autoren des Films auch bemüht sind, sich der Kriegspropaganda anzupassen, erscheint mir das, was sich hinter den beiden Begriffen verbirgt, interessant zu sein.“ (31)

Das herauszufinden, dauert nur wenige Jahre. Die abenteuerliche Expedi-

tion führt Luciana Castellina zunächst auf die Straßen und Plätze „ihrer Stadt“ Rom, wo sie bei Demonstrationen Menschen begegnet, die sie bis dahin noch nie getroffen hat: Arbeitern, Kommunisten, Sozialisten, die als Partisanen gekämpft haben. Die Expedition führt sie weiter in ihr bis dahin völlig unbekanntes Stadtviertel, nach La Gabartella zum Beispiel, deren „Bewohner ... – unter ihnen auch Frauen – schon in den dreißiger Jahren gegen den Faschismus zusammengehalten haben“ (April 1947, 135). Darunter auch junge Leute, die nach Bildung dürsten. „Abendschulen für junge Arbeiter? Ich finde das richtig. Aber wer arbeitet, wenn alle lernen? Und warum soll ich lernen, anstatt arbeiten zu gehen? Ich beginne, an meinen Privilegien zu zweifeln, die ich bisher für selbstverständlich gehalten habe, fast so, als seien sie naturgegeben.“ (15. Mai 1945, 98) Die Expedition führt Luciana Castellina in den Süden, nach Kalabrien. „Mir ist, als wäre ich in einem anderen Land angekommen. ... An den Fenstern eines Hauses von Santa Maria hängt ein weißes, reichlich mit Blut beflecktes Laken. Es ist der Beweis für die Jungfräulichkeit der Ehefrau am Tag nach der Hochzeit.“ (September 1946, S. 119) Die Reise geht weiter nach Paris, mit einem Studentenaustausch, in den sich die Oberstufenschülerin hineingekämpft hat. Ein Abenteuer mit Sammelpass, denn im April 1947 sind in Europa für Privatreisende die Grenzen nahezu geschlossen. Glückliche Ankunft nach 48 Stunden in der Gare de Lyon: „Diese Stadt symbolisierte alles, was ... in der Welt existierte, uns jedoch verboten war: die Literatur, das Theater, der Film, aber

für mich vor allem die Malerei.“ (139) Impressionistische und kubistische Bilder im Original zu sehen, ist eine Offenbarung. Denn „(m)ehr noch als die Literatur ... war es die moderne Malerei, die der Faschismus und der italienische Provinzialismus von uns ferngehalten hatten. Und so wurde sie zu einem Symbol der Befreiung ...“ (87/89) Luciana rennt in alle Ausstellungen, sie malt mit Inbrunst, sie lernt Renato Guttuso kennen und nahezu alle wichtigen italienischen Maler der Nachkriegszeit, fast alle Kommunisten. Die erste Aufgabe, die sie in der kommunistischen Jugendorganisation übernimmt, ist ein Vortrag über den Kubismus. Im Juli 1947 reist Luciana dann mit einer Delegation zu den Jugendfestspielen nach Prag: „... das wirkliche Ende des Krieges. Es war der Freudenausbruch einer neuen Generation von Jugendlichen, die von allen Kontinenten in die tschechische Hauptstadt kamen und einander in einem Sprachengewirr wie am Turm zu Babel ihre ... Geschichten erzählten.“ (150) Die Freiheit ist allerdings nicht vollkommen grenzenlos. Der Kalte Krieg ist in Griechenland schon zum heißen Bürgerkrieg geworden. Die Mitglieder der griechischen Delegation können nicht anreisen, sie kämpfen. Und dass Puritanismus etwas mit Kommunismus zu tun haben kann, lernt Luciana, als sie – zur Empörung der PCI-Genossen – in der Tschechoslowakei zum ersten Mal in ihrem Leben per Anhalter fährt und danach auf der Suche nach einem Schlafplatz: „... mitten in der Nacht werde ich vertrieben, als ... (die Männer) schockiert entdecken, dass ein Mädchen das Zimmer mit ihnen teilen will. Das ist eine

nicht hinnehmbare Freizügigkeit.“ (164) „Prag war grundlegend für mein Dasein. Hier habe ich 1947 die Welt entdeckt, die für mich gleichbedeutend mit dem Kommunismus war – die für mich einzig mögliche Lesart, um die neue Landkarte des Erdballs zu begreifen ... Und 21 Jahre später wurde Prag wieder der Mittelpunkt meines Lebens, denn es lag an Prag, dass ich aus dem PCI ... ausgeschlossen wurde.“ (152). In Prag, im Sommer 1947, hat sich Luciana spontan entschlossen, nach Jugoslawien weiter zu reisen, um dort als volunteer mit der „Eisenbahn der Jugend“ die Linie Šamac – Sarajewo mit aufzubauen. Dass Lucianas geliebter Großvater aus Triest stammt, dass sie erst vor einigen Monaten von den faschistischen Verbrechen an der slowenischen Bevölkerung und vom Befreiungskampf der Tito-Partisanen gehört hat, spielt bei dieser Entscheidung sicher eine Rolle. Drei Tage Eisenbahnfahrt durch ein zerstörtes Europa. Indonesische und vietnamesische Befreiungskämpfer_innen, junge Inder_innen, die in Prag ihre Unabhängigkeit feiern konnten, aber noch immer mit britischen Pässen reisen müssen, englische Jungkommunisten, ein niederländischer Maler, ein junger Kanadier teilen sich mit Luciana ihre Marmeladenbrote und die Schlafplätze in den Gepäcknetzen. Ein Ansichtskarte an ihre Familie in Rom ist frankiert mit einer Jan-Masaryk-Briefmarke – der Außenminister der tschechoslowakischen Republik, Sohn des legendären Tomáš Garrigue Masaryk, starb einige Monate später, am 10. März 1948 unter nie ganz geklärten Umständen in Prag –, „Preis 1,20. Wenn ich sie jetzt betrachte, frage ich

mich, was das für eine Währung war ... Es muss so eine Art de-facto-Euro gegeben haben. ... Ich grüße meine Familie mit einer ‚kollektiven Umarmung‘, füge aber, um ... (sie) nicht allzu sehr zu erschrecken, hinzu, dass der Begriff ‚kollektiv‘ nicht politisch gemeint ist.“ (167) Die bunte Truppe erreicht nach Aufenthalt in Budapest, Belgrad und Sarajewo –, „die erste wirklich exotische Stadt, die ich in meinem Leben gesehen habe“ (169) schließlich ein Lager in der Nähe von Zenica. Dort sollen die Freiwilligen eine alte k. und k.-Bahnlinie durch eine neue, moderne ersetzen. Überall Bilder des jungen, schönen Josip Broz Tito, „der erste Kommunistenführer, der mich in seinen Bann zieht.“ (169) „Das Leben ist hart im Lager Zenica.“ (172). Wecken fünf Uhr früh, karges Frühstück, Gymnastik, kalt Waschen, langer Fußmarsch durch Gestrüpp, dann fünf Stunden lang hartes Gestein mit der Hacke aus dem Boden holen, in sengender Sonne. Luciana strengt sich sehr an und wird „Udarnicka“, „Stachanowistin“. Das rote Abzeichen und die Urkunde sind quasi Eintrittsbillets in ihr neues Leben. „Ich bin sehr, sehr stolz.“ (172) Über Triest fährt Luciana Castellina im Oktober 1947 zurück nach Rom und stellt fortan ihr Leben in den Dienst „von etwas Großem“ ohne dabei je ganz aufzuhören, sie selbst zu sein. Ihre Expedition ist bis heute nicht zu Ende.

Das Glück all' dieser Entdeckungen steht der 87jährigen Luciana Castellina ins Gesicht geschrieben. Schönheit hat eine ganze Menge zu tun mit Erfahrung, Liebe zum Leben und zu den Menschen. Luciana Castellinas langjähriger Gefährte Alfredo Reichlin, der schon als junger Partisan für Frieden,

Menschenrechte und ein besseres Leben gekämpft hat, ist am 21. März 2017, 91jährig in Rom gestorben. Sein Vermächtnis bleibt seine, Luciana Castellinas, unsere Kultur. Eine Kultur, die Lust macht auf kubistische und sozial-realistische Bilder, auf Jazz, auf neorealistic und Zeichentrick-Filme, auf Rilke-Gedichte, Existentialismus und marxistische Theorie, auf Grenzüberschreitungen, Nachdenken, Debatten, Feste, die Liebe und den Kampf gegen das Unrecht. Eine Kultur der Freiheit, die Intellektuelle und Gewerkschafter_innen zusammenbringt, in Europa und anderswo. Wir müssen uns nur wieder einmal treffen. Vielleicht bei einer Demonstration?

Elisabeth Abendroth

Aufgaben und Einsichten eines DDR-Kombinatsdirektors

Hans-Joachim Lauck, Edel sei der Stahl, stolz der Mensch. Erinnerungen eines Kombinatdirektors und Ministers, Berlin 2017, Verlag Das Neue Berlin, 352 S., Abb., 19,99 Euro

Zwei Jahrzehnte lang war der gelernte Betriebsschlosser und studierte Dr. Ing. Direktor des Stahl- und Walzwerks Brandenburg (SWB) bzw. (ab 1979) Generaldirektor (GD) des Qualitäts- und Edelstahlkombinats (QEK), dessen Stammbetrieb das SWB wurde. Anschaulich schildert Lauck seinen üblichen Tagesablauf in dieser Funktion von der Meldung des Pförtners bei seiner Ankunft um 7:40 Uhr, dass es „keine besondere Vorkommnisse“ gebe über die Besprechung mit seiner Sekretärin über eventuelle Änderungen des vorgesehenen Terminplanes für den Tag bis

zum Rapport der Fachdirektoren um 8:00 Uhr. Danach ging es an die Bewältigung der anstehenden Aufgaben. „Normale Tage gab es für mich als Generaldirektor nicht allzu viele“, schreibt Lauck, „aber zumindest der Start in den Tag hatte eine gewisse Ordnung.“ (178) Was danach kam konnten Produktionsbesprechungen in aktuellen Schwerpunktbereichen sein, Beratungen zu den Investitionen, Detailabstimmungen mit dem Hauptbuchhalter oder Kadergespräche. Hinzu kamen Plandiskussionen in den Betrieben und Betriebsteilen des Kombinats, oft auch Termine im zuständigen Ministerium bzw. bei der Staatlichen Plankommission. Der volle Terminkalender ließ kaum noch Zeit für die von Lauck geschätzten Rundgänge im Brandenburger Stammwerk des Kombinats. Meistens nutzten die Arbeiter das Gespräch mit dem GD, um sich über fehlende Ersatzteile zu beschweren, sich über den Mangel an guten Werkzeugen zu beklagen, auf Rückstände in der Materialbereitstellung aufmerksam zu machen oder auch auf die unzureichende Ausstattung der Duschen und Umkleieräume.

Wichtigstes Produkt des Kombinats waren die im SWB hergestellten Grobwalzbleche, die im Chemieanlagenbau, im Schiffs- und Waggonbau, von den Herstellern von Kranen, Förderanlagen und Tagebauausrüstungen weiterverarbeitet wurden. Wenn es in der größten Blockbrammen-Walzstraße Europas Probleme gab, dann bekam das die gesamte DDR-Wirtschaft zu spüren. Die Kontakte zu den Partei- und Staatsorganen waren daher intensiver als in manch anderem Industriezweigungskombinat und da-

mit auch die Erfahrungswelt des Generaldirektors vom QEK.

Das kommt dem Buch zugute. Denn genauso direkt und konkret wie die betrieblichen Probleme schildert Lauck seine Erfahrungen mit den übergeordneten Staats- und Parteileitungen. Dafür ein Beispiel. Er sollte im April 1981 als Generaldirektor des Metallurgiekombinats auf dem X. Parteitag der SED sprechen. Lauck schildert, wie der zuständige Minister, der Sektorenleiter für Metallurgie im ZK, der SED-Kreissekretär und der 1. Sekretär der Bezirksleitung der Partei auf den Inhalt des Manuskripts Einfluss nahmen. Immer wieder „wurden Änderungswünsche an mich herangetragen, und das Manuskript ging mehrfach ins Schreibbüro. Vor meinem Auftritt schaffte ich es nicht mehr die allerletzten korrigierten Zeilen zu lesen.“ (152)

Lauck ist stets bestrebt aus dem – teilweise auch amüsanten oder auch mit ironischem Unterton geschilderten – Erlebten verallgemeinernde Schlussfolgerungen über die Funktionsweise der DDR-Wirtschaft zu ziehen. Dadurch nimmt er zu einer Vielzahl von Problemen Stellung, die in der Fachliteratur bisher kaum nachlesbar sind. So schildert er die Schwierigkeiten, die sich aus der „doppelten Unterstellung“ des „Nomenklaturkaders“ Lauck unter Partei- und Staatsorgane für die Kombinate ergaben. Er schreibt über die Probleme mit häufig nicht passgerecht geliefertem Rohstahl aus der Sowjetunion und auch von den technologischen Vorteilen, die sich mit der in den 80er Jahren entwickelnden Kooperation des QEK mit den bundesdeutschen Salzgitterwerken ergaben. Er geht in Zusammenhang mit den Bilanzierungsaufgaben auf die (heimliche)

Bildung von Reserven im Kombinat ein, um sich gegen Zulieferprobleme bzw. zu hohe Planaufträge zu schützen. Selten wird Lauck in seiner Kritik der zentralen Leitungstätigkeit so deutlich wie im Falle der Kontrollen der Kombinate und Betriebe „von oben“. Es habe zu viele Kontrollinstanzen gegeben. „In der Wirtschaft hätte die Abteilung Betriebliche Rechnungs-führung und Statistik sowie die Innenrevision völlig ausgereicht. ... Wir aber bekamen es mit der Arbeiter- und Bauern-Inspektion sowie der Parteikontrollkommission und anderen Organen zu tun.“ (129)

Der Ärger mit „denen da oben“ verschärft sich für Lauck noch, als er in die Auseinandersetzungen zwischen Gerhard Schürer (Staatliche Plankommission) und Günter Mittag (Wirtschaftssekretär des ZK der SED) darüber, wie die DDR-Wirtschaft unter den immer schwieriger werdenden ökonomischen Bedingungen weiter zu führen sei, gerät. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist er bereits Minister für Schwermaschinen- und Anlagenbau. Als Minister für Maschinenbau erlebt er im 1. Halbjahr 1990 die vom Kabinett Modrow eingeleiteten Wirtschaftsreformen, denen ab Juli die bis ins Detail vom Westen aus diktierte Treuhandprivatisierung der ostdeutschen Unternehmen folgt, deren verheerende Folgen Lauck anhand mehrerer Firmenbeispiele darstellt. Die Deindustrialisierung der keineswegs maroden ostdeutschen Industrie, so sein Urteil, hätte verhindert werden können.

Jörg Roesler

Fortschritt und Wachstum

Helmut Knolle, Die Wachstumsgesellschaft. Aufstieg, Niedergang und Veränderung, PapyRossa Verlag, Köln, 131 S., 12,90 Euro

Wachstumskritische Bücher füllen Bibliotheken. Der vorliegende Text ragt hervor, weil der Autor versucht, bei Kritik am aktuellen wirtschaftlichen Wachstum den Fortschrittsgedanken positiv aufzunehmen. Fortschritt bedeute die Befreiung des Menschen von mühsamer Arbeit, damit „jeder Mensch die Zeit und die Mittel hat, seine besten Fähigkeiten frei zu entfalten.“ (7) Angesichts der Güterfülle in den entwickelten Ländern seien Fortschritt und die weitere „Zunahme des materiellen Wohlstands“ heute zu Gegensätzen geworden. Das sehen auch andere so. Aber: „Was immer noch fehlt, ist ein Konzept, das die drei Elemente verbindet: das Wissen um die ökologischen Grenzen, eine kritische ökonomische Theorie und das Ziel eines allgemeinen geistigen und kulturellen Fortschritts.“ (9) Zu diesem „anspruchsvollen Programm“ möchte der Autor einen Beitrag leisten, indem er die Gedankenlinie des „späten Marx“ über Bortkiewicz bis Sraffa verfolgt.

Das flüssig geschriebene Buch besteht aus drei Teilen: Gedanken über die demografischen und technologischen Voraussetzungen des Wachstums seit dem 18. Jahrhundert („Geschichte“), dessen theoretische Grundlagen („Theorie“) und Überlegungen zur Zukunft der Wachstumsgesellschaft („Perspektiven“).

Dass der Autor sich zunächst mit Demographie beschäftigt ist in gewissem Sinne folgerichtig. Aller-

dings fehlt hier m.E. die Vermittlung mit der im Anschluss behandelten Geschichte der technologischen Veränderungen. Dass die historisch veränderte Haltung zur „Geburtenkontrolle“ (18) zu der raschen Bevölkerungszunahme der späten Neuzeit geführt habe, erscheint jedoch wenig plausibel: So hat z.B. Braudel (am Beispiel des Mittelmeerraums) gezeigt, dass es auch früher immer wieder Zeiten stärkerer Bevölkerungszunahme gegeben hat, die aber an die Grenzen der Nahrungsmittelproduktion gestoßen sind und in der Folge durch Perioden rückläufiger Bevölkerung abgelöst wurden. Dieser malthusianisch/ökologische Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelproduktion wurde erst im 18. Jahrhundert überwunden. Die gedrängte Darstellung der zentralen technologischen Veränderungen zeigt, dass nicht einzelne technische Neuerungen, sondern das Zusammenspiel von Umwälzungen der Arbeitsteilung, der Antriebsenergien und der Maschinerie Grundlage der wirtschaftlichen Dynamik waren und sind. In diesem Kontext setzt der Autor sich mit jenen Thesen (z.B. Rifkin) auseinander, die davon ausgehen, dass die digitale Ära Wertschöpfung und materielle Produktion/Ressourcenverbrauch entkoppeln würde. Dagegen argumentiert er, dass „unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen ... die Mikroelektronik das Wachstum des Ressourcenverbrauchs nicht aufhalten (kann)“, dass dieser sogar noch angetrieben werde. Das ist nach Ansicht des Autors u.a. deshalb so, weil die Mikroelektronik dazu beiträgt, die arbeitsfreie Zeit mit dem Konsum

von immer mehr Freizeitprodukten auszufüllen.

Der zweite theoretische Teil befasst sich zunächst mit der Entwicklung der ökonomischen Theorien. Die Tatsache, dass der Autor Mathematiker und eben kein Ökonom ist wirkt hier als Vorteil: Wie kann es sein, dass faktisch alle ökonomischen Lehrbücher behaupten, bei der Ökonomie ginge es um die Allokation knapper Güter, während das Problem der hochentwickelten Länder nicht Knappheit sondern Überfluss ist: Überfluss an arbeitsfähigen Menschen, an Produkten aller Art, an Abfällen? Dieser Überfluss, der auf einer hohen und steigenden Produktivität beruht, müsste eigentlich die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitern. „Immer, wenn die Produktivität zunimmt, kann eine freie Gesellschaft wählen zwischen Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität. Wenn sie nicht wählen kann, ist sie nicht wirklich frei.“ (64) Der originäre Beitrag des Autors zur Wachstums- und Umweltdebatte besteht in der Anwendung von Piero Sraffas Theorie der Kuppelproduktion (ein Produktionsprozess erzeugt meistens verschiedene Güter gleichzeitig) auf die Umweltproblematik: Denn auch Abfall ist ein Produkt, das aber – weil dieser keinen Gebrauchswert hat – mit einem negativen Preis ausgestattet werden müsste. Das kann der Markt natürlich nicht. Der aktuelle Emissionshandel ist ein zaghafter Versuch, dem Rechnung zu tragen. An einem kurzen Beispiel zeigt der Autor, dass in einer CO₂-neutralen Wirtschaft die Preisrelationen radikal verändert werden müssten: Die Preise CO₂-

intensiver Waren müssten um bis zu 44 Prozent gegenüber denen bei kostenloser Emission steigen.

Der dritte Teil beschäftigt sich zunächst mit einigen Irrwegen der EU und den Thesen der „degrowth“-Bewegung. Der Autor wirft deren Anhängern eine „Glück-im-Winkel“-Ideologie vor, die sich letzten Endes gegen Arbeitsteilung richtet. Verzicht auf übermäßigen materiellen Konsum sei zwar nötig, das gelte aber nicht für Leistungen des „kulturellen Überbaus“ (die ebenfalls Ergebnis von Arbeitsteilung sind). Seiner Vorstellung zufolge sei ein „sozialer Kulturstaat“ anzustreben, wobei die sozialen und kulturellen Dienstleistungen nicht Gegenstand von Profitstreben sein dürften. „Aber es ist möglich, eine ökologische Wirtschaft mit Nullwachstum und Vollbeschäftigung zu erreichen, wenn der Staat wieder mehr Steuern einnimmt und wenn gesellschaftlich wertvolle Dienstleistungen Vorrang haben vor der Produktion von Konsumgütern.“ (114) Ein Kernpunkt ist dabei die Arbeitszeitverkürzung. Die Frage, ob dies in einem kapitalistischen System möglich sei wirft der Autor auf, beantwortet sie aber bewusst nicht: ohne Eingriffe in dessen Funktionsweise und Logik ginge es aber nicht.

Jörg Goldberg

Heterodoxer Ökonom

Michael Hudson, Der Sektor – Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört, Klett-Cotta, Stuttgart 2016, 670 S., 26,95 Euro

In den USA gibt es eine lange Tradition radikaler heterodoxer Ökono-

men deren Forschungsergebnisse oft den Weg in die Mainstream-Presse finden, aber von Deutschlands Marxisten kaum zur Kenntnis genommen werden. Hudson, der im Frühjahr 2006 in einer Titelgeschichte des Magazins „Harper’s“ den baldigen Kollaps der Immobilienpreise und damit den Beginn der Finanzkrise voraussagte, ist ein Beispiel dafür. Ein Grund mag sein, dass sein theoretisches Konzept wie ein Gemischtwarenladen aus Smith, Ricardo, Marx, Keynes und Minsky sowie dem Physiokraten Quesnay anmutet. Ein zweiter mag die Terminologie sein, die oft eher populär-aktivistisch denn wissenschaftlich klingt wie beispielsweise die Unterscheidung in 99 und 1 Prozent. Aber das tut ebenso wie die vielen Wiederholungen, die naturgemäß lesefeindlich sind, der analytischen Qualität dieser brillanten und materialreichen Untersuchung des Finanzsektors keinen Abbruch.

Im Zentrum von Hudsons Argumentation steht das fast vergessene Konzept der Grundrente. Damit sind die Einkünfte des Eigentümers gemeint, die er allein für den Besitz erhält, ohne etwas für die Verbesserung des Grundstücks zu tun. Für die klassische Ökonomie von Smith über Marx bis Mill war die Unterscheidung zwischen Rente, d.h. leistungslosen, und „verdienten“ Einkommen zentral. Während Löhne und Ausgaben für Maschinen und Gebäude für sie notwendige Produktionskosten waren, sahen sie Rentenzahlungen als unnötige Verteuerung der Produktion. Grund- und Monopolrenten spielen heute in der Volkswirtschaftslehre kaum eine Rolle. Auch

die Schulden spielen mit einer scheinbar logischen Begründung bei Neoklassikern und Neoknesianern keine Rolle: Die Schulden des einen sind das Vermögen des anderen und daher im Aggregat gleich Null. Ein differenzierter Blick ergibt ein grundsätzlich anderes Bild. Die Banken vergeben – so Hudson – Kredite nicht vorrangig für produktive Zwecke an Unternehmen. Die meisten dienen zum Ankauf von Immobilien, Aktien, Anleihen etc. Diese Kredite erhöhen zwar die Schulden (bzw. das Vermögen), nicht oder nur kaum die Produktivität. Was die Immobilien betrifft (aber auch andere Assets) so treiben die Banken durch die Kreditvergabe die Preise nach oben und leiten die Grundrente als Schuldzinsen in ihre eigenen Taschen. Während ein Kredit für produktive Investitionen die Produktions- und damit die Rückzahlkapazität erhöht, wird durch den Eigentümerwechsel bei einer Immobilie (Aktie) lediglich das individuelle Einkommen erhöht, aber nicht das der Gesellschaft. Gegenätzliche Interessen verschärfen das Problem: „Die Arbeitnehmer (oder Konsumenten) und die Industrie sehen sich gezwungen, einen steigenden Anteil ihres Einkommens in Form von ökonomischer Rente und Zinsen an den Finanz- und Immobiliensektor zu bezahlen, um deren Eigentum, Ersparnisse und Kredite nutzen zu können. Dadurch bleiben nicht genügend Lohneinkünfte und Profite übrig, um die Marktnachfrage nach Konsumgütern aufrechtzuerhalten und Investitionen in neue Produktionsmittel (Kapitalgüter) zu tätigen. Die Hauptgründe für wirtschaftliche Sparmaßnahmen und Polarisierung

rung sind die Rentendeflation (also die Zahlungen, die an Rentiers und Monopolisten geleistet werden müssen) und die Schuldendeflation (Zahlungen an Banken, Anleihegläubiger und andere Kreditgeber).“ (231) Wenn sich die Produktionskapazitäten aber nicht im Gleichschritt mit der Verschuldung erhöhen, kommt es irgendwann zu einem Überschuldungsproblem. Dagegen hilft in verschuldeten Volkswirtschaften, die unter Sparprogrammen und der steuerlichen Bevorzugung von Finanzkapital und ökonomischen Renten gegenüber Arbeitseinkommen und industriellen Produktion leiden, auch keine Nullzinspolitik. Sie wird vielmehr – so schon Keynes – zur Liquiditätsfalle.

Dass Begriffe wie Renten und Monopol aus der makroökonomischen wie der öffentlichen Diskussion nahezu verschwunden sind, ist ein Ergebnis der jahrzehntelangen Gehirnwäsche durch das Finanzkapital und seine Ideologen, wie Hudson feststellt. (Eine umfassende Untersuchung hat der hierzulande ebenfalls nur marginal zur Kenntnis genommene Ökonom Philip Mirowski¹ vorgelegt.) Dem Finanzsektor ist es gelungen insbesondere durch die entsprechende Ausgestaltung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung alle seine Aktivitäten als produktive Tätigkeit erscheinen zu lassen. Was er an Rente extrahiert wird als Gegenleistung für imaginäre Dienstleistungen erklärt und spiegelt sich so in der Wirtschaftsstatistik wieder, die grundsätzlich jedes Einkommen als Entgelt für eine Leis-

tung behandelt. Die neoliberale Ideologie geht mit der Formel – „Wer eine Gebühr bezahlt, bekommt ein Produkt“ – noch einen Schritt weiter und hat das inzwischen in Alltagssprache und -bewusstsein verankert: Die als Finanzindustrie bezeichneten Banken bieten daher auch kein Sparbuch mehr an, sondern ein Sparprodukt. Hudson resümiert: „Wenn man den Zahlungsverkehr der Banken als Subtrahend oder einfach als Transferkosten für eine Vermögensverschiebung betrachtet, die zur Gesamtproduktion nichts beiträgt, dann entspricht dies nicht dem Denken des derzeitigen Mainstreams. Das Konzept unproduktiver Arbeit oder unverdienten Einkommens, das im Zentrum der klassischen Ökonomie stand, ist heute vollkommen verschwunden... Rentier-Einkommen, ererbter Reichtum und die Summen, die Grund- und Monopolbesitzer auf Kosten der Wirtschaft verdienen, werden dabei als Einkünfte verstanden, die auf Grund von ‚Humankapital‘ entstehen. Dieser Begriff ist das neoliberale Lieblingswort für alles, was nicht als tatsächlicher Arbeitsaufwand oder reale Kostengelten kann.“ (146, 135)

Im zweiten und dritten Teil seiner Studie beleuchtet Hudson die enge Verbindung zwischen Finanzkapital und Staatsmacht: „Für Finanzministerium, Federal Reserve und einen Großteil des Kongresses sind Wirtschaft und Wall Street ein und dasselbe. Aus den Reihen des Finanzsektors werden die finanzpolitischen Regierungsbeamten rekrutiert, und von hier stammt auch der Löwenanteil der Wahlkampfgelder, den die Politiker erhalten.“ (313) Besondere

¹ Untote leben länger, Berlin 2015.

Bedeutung kommt der Investmentbank Goldman Sachs zu, die mit Rubin (1995) und Paulson (2006) zwei Finanzminister stellte und Obamas Finanzminister Geithner sowie in Europa u.a. Draghi, Prodi und Monti zu ihren Mitarbeitern zählte und zählt. Daher erscheint es nur logisch und konsequent, dass angesichts der Finanzkrise „die Regierung unter Obama zu keinem Zeitpunkt versucht hat, in der Frage des Steuerrechts oder eines möglichen Schuldenerlasses ihren Handlungsspielraum auszuloten ... (Geithner) glaubte, wenn die Stabilität des Finanzsektors erst einmal wieder gewährleistet sei, würde der Rest der Wirtschaft schon ganz von allein gesunden.“ (314)

Die Krise von 2008 war mit der Behauptung, die Alternative sei verheerendes Chaos für das Finanzkapital, die günstige Gelegenheit, sich riesige Summen an Geld und staatlichen Subventionen anzueignen. „Dahinter stand jedoch noch ein anderes Ziel: Man wollte erreichen, dass das progressive Steuersystem und die Finanzmarktregulierungen wieder abgeschafft wurden, die seit dem New Deal der dreißiger Jahre für die US-amerikanische Wirtschaft maßgeblich waren.“ (273) Und nicht von der Hand zu weisen ist der Verdacht, dass es sich beim „Coup von 2008“ um einen verdeckten Coup d'état handelte: „Die politische Mission des Finanzsektors besteht in der Entmachtung demokratisch gewählter Regierungen. Stattdessen will man die öffentliche Planung in die Hände von Technokraten legen, die wiederum von den Banken ernannt werden. ... Grob zusammengefasst sieht die

Strategie der Bankster (Bankergangster K.U.) folgendermaßen aus: Sie nutzen die wirtschaftliche Krisensituation, um sich die Vermögenswerte der öffentlichen Hand anzueignen, und mit ihnen die Macht über die Steuerpolitik und die staatlichen Geldschöpfungsmaßnahmen.“ (275) Mirowski sieht Finanzminister und Notenbanker als Erben Carl Schmitts, da sie sich die Macht anmaßen über den „Ausnahmestand“ zu befinden. Und Andreas Fisahn hat erst vor kurzem auf den Autoritarismus der EU, das legitime Kind der Austerität hingewiesen.² Das Finanzkapital in den USA und in Europa scheint nun die von ihm angestrebte Verfasstheit der staatlichen Institutionen erreicht zu haben. Und deren Auswirkungen hat ein ehemaliger Syriza-Minister so charakterisiert: „Wenn wir die Wirtschaftspolitik nicht durch Wahlen ändern können, dann haben Wahlen keine Bedeutung, und es ist nutzlos zu wählen.“ (366).

Karl Unger

Moderne Legende

Michael Hartmann, Die Globale Wirtschaftselite. Eine Legende, Frankfurt/New York 2016, Campus Verlag, 246 S., 24, 95 Euro

Die zentrale These des Buchs ist im Titel präzise und knapp zusammengefasst. Im einleitenden ersten Kapitel legt Hartmann, der bis vor kurzem an der TU Darmstadt Prof. für Soziologie mit dem Forschungsschwerpunkt auf „Eliten“ und soziale Un-

² Blätter f. dt. u. int. Pol. 3/17.

gleichheit war, den diesbezüglichen Forschungs- und Diskussionsstand dar und umreißt sein methodisches und empirisches Vorgehen. Sowohl von Journalisten, Zeitdiagnostikern wie auch Sozialwissenschaftlern (unterschiedlicher Couleur: von liberalen bis marxistischen Autoren) wird seit ca. zwei Jahrzehnten – angeregt durch die bis vor Kurzem rasant vorschreitende Globalisierung und weltwirtschaftliche Verflechtung – die These von einer entstehenden oder bereits entstandenen „globalen Wirtschaftselite“ oder einer „transnationalen Kapitalistenklasse“ vertreten. Unter den diese These stützenden Soziologen finden sich so unterschiedliche Vertreter wie R. Dahrendorf, U. Beck, M. Castells, L. Sklair, K. van der Pijl und viele andere. Dabei spielen oft Eindrücke, Einzelbeispiele und verschiedene internationale Treffen von Topmanagern und Superreichen (z.B. Davos, Bilderberg- Konferenzen etc.) eine wichtige Rolle; eine „systematische Analyse der weltweit einflussreichsten Topmanager und Milliardäre“ (8) fehlt bislang. Um dem abzuhelfen, hat Hartmann „Daten von ungefähr 20 000 Personen“ (28) berücksichtigt bzw. ausgewertet, die er aus verschiedenen „Index-Berichten“, nationalen und internationalen Nachschlagewerken, digitalen Überblicks-Datenbanken (z.B. von Reuters, LinkedIn etc.) gewonnen hat. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob die jeweilige Führungsperson oder der Superreiche eine dauerhafte internationale Mobilität aufweist, die „durch umfangreiche und kontinuierliche Erfahrungen außerhalb des Heimatlandes (ihn) einen eigenständigen Habitus (hat) ausbilden (lassen), der sich

deutlich von dem ihrer auf nationaler Ebene verbleibenden Pendant unterscheidet“ (20). Dabei konnte Hartmann auch auf frühere Datenbanken und eigene Forschungen aus den 1990er Jahren zurückgreifen, um eine eventuelle Entwicklungstendenz in Richtung auf Herausbildung einer „globalen Wirtschaftselite“ überprüfen zu können.

Im zweiten Kapitel untersucht Hartmann die Vorstandsvorsitzenden bzw. die CEO (= Chief Executive Officer) der weltweit größten 1000 Unternehmen sowie im zweiten Schritt die CEO der hundert größten Unternehmen in Deutschland, Frankreich, in den USA, in China und Japan im Zeitverlauf von 1995 bis 2015. Dabei kann grosso modo in beiden Untersuchungsschritten ein relativ geringer Internationalisierungsgrad der CEO im Allgemeinen sowie auch geringe Veränderungen im Zeitverlauf der letzten 20 Jahre festgestellt werden. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Ländern bzw. Ländergruppen recht groß: Von 0 Prozent Ausländerpräsenz auf CEO-Posten (China, Südkorea, Indien, Spanien, Taiwan, Italien, Russland) bis auf 72 Prozent (Schweiz), Irland (60 Prozent), Australien (45 Prozent), Großbritannien (44 Prozent) und Saudi-Arabien (30 Prozent). Der allgemeine Durchschnitt lag bei aktuell 12,6 Prozent, bei Eliminierung der bloß scheinbaren Ausländerpräsenz kommt man auf etwas unter 10 Prozent. (47) Allerdings muss – bei einer Gewichtung dieser Daten – berücksichtigt werden, dass große Ökonomien und Länder mit großen Bevölkerungen überwiegend bei den unterdurchschnittlichen Prozentanteilen liegen

und nur relativ kleine Ökonomien die höchsten Ränge besetzen. Außer dem Sonderfall Schweiz scheint für die anderen Fälle hoher Ausländerpräsenz eine große Commonwealth-Affinität eine bedeutende Rolle zu spielen, d.h. eine große Nähe zu dem britisch-angelsächsischen Sprach- und Kulturraum. – Auch im zweiten Untersuchungsschritt zeigten sich die großen ländergruppenmäßigen Unterschiede sowie der Nicht-Zusammenhang vom Ausmaß der Ausländerpräsenz in Führungspositionen und gleichzeitigem wirtschaftlichen Erfolg.

Im dritten Kapitel werden die Mitglieder der Aufsichtsräte bzw. der Boards vieler Länder im Hinblick auf Dauer, Formen und Wirksamkeit von Ausländerpräsenz unter die Lupe genommen. Die Befunde sind – modifiziert durch unterschiedliche institutionelle Fixierungen der Unternehmensverfassungen und ihrer Kontrollgremien – ähnlich wie bei der zuerst untersuchten Personengruppe der Vorstandsvorsitzenden. – Auch die Durchleuchtung des Wohn- und Mobilitätsverhaltens der „reichsten Menschen der Welt“ (117), d.h. vorzüglich der Milliardäre, im vierten Kapitel kommt zu dem Ergebnis, dass von 1041 Milliardären „gerade einmal 90... ihren Hauptwohnsitz außerhalb ihres Heimatlandes“ haben (121). Wie in den vorgenannten Fällen gibt es auch in diesem Spektrum eine kosmopolitische Ausnahme: die sprichwörtlichen griechischen Reeder-Milliardäre.¹

¹ In einigen Passagen treibt der Verf. die Empirie in ihrer mikrosoziologischen Dimension und Konkretisierung so weit, dass man gelegentlich sich an die Klatschspalten bestimmter „bunter Blätter“ erinnert fühlt, wenn er z.B. die einzelnen Heirats- und Scheidungsverhältnisse bei den Quandts,

Im fünften Kapitel wird geprüft, ob die berühmten „Business Schools“ und jeweiligen nationalen Elitehochschulen „Brutstätten einer globalen Elite“ sind oder ob sie doch eher oder ganz überwiegend die nationale „wirtschaftliche und politische Topelite“ ausbilden. Dabei ergibt sich, dass von den drei zuvor untersuchten Gruppen im Allgemeinen nur eine kleine Minderheit außerhalb ihres ihnen sprachlich-kulturell vertrauten Heimatlandes studiert hatten.“ Die weltweit bekannten Elitehochschulen bilden keine Keimzellen für eine internationale Business Elite oder Capitalist Class, sie haben vielmehr ganz überwiegend, wie bei den US-amerikanischen Eliteuniversitäten oder Oxford und Cambridge, oder sogar ausschließlich wie bei den französischen und japanischen Pendants, die Funktion, die Reproduktion der jeweiligen nationalen Eliten und herrschenden Klassen zu sichern.“ (169). Insofern könnte gerade in Bezug auf die beiden zuletzt genannten Fälle (aber keineswegs nur bei ihnen) von einem „Hindernis für die Internationalisierung“ gesprochen werden, wenn von diesen Elitehochschulen die Rede ist.

Im letzten Kapitel resümiert der Verfasser die wichtigsten Ergebnisse seiner Studie und versucht – leider recht knapp – wissenschaftliche und politische Schlussfolgerungen aus seinen Befunden zu ziehen. Je größer die international tätigen Unternehmen seien, umso geringer sei der Internationalisierungsgrad des Topmanagements, was nicht ausschließt,

den Oetkers und den Mohns detailliert beschreibt (z.B. 208f.).

dass in manchen Ländern der Anteil desjenigen Führungspersonals mit temporären Auslandserfahrungen in den letzten Jahren gewachsen ist. Die Unterschiede zwischen bestimmten Ländern bzw. Ländergruppen scheinen sich im Zeitverlauf eher erhöht zu haben (195). Es gibt also nicht die Tendenz zur universalen Homogenisierung, sondern eher den Trend zu multipolaren Blockbildungen. Die Unternehmensbindung an das Land seines Wirkens und des jeweiligen Führungspersonals zu den heimatlichen Wohnsitzen ist umso stärker, je mehr die geschäftlichen Aktivitäten von engen Kontakten zum Staatsapparat abhängen. Da diese aber auch gelegentlich von den Zugangsmöglichkeiten zu „fremden“ Staatsapparaten mitbestimmt werden und die vielfältigen, intensiven (häufig wechselseitigen) Kapitalverflechtungen klare „nationale“ Prioritätensetzungen in der Geschäftspolitik nicht immer deutlich erkennen lassen, bleibt – trotz der reichhaltigen Empirie für die angesprochenen Verhaltensmuster – die Frage, in welchem Maße die jeweils entscheidenden Topfiguren der größten Unternehmen – trotz ihrer hohen nationalen Verortung – häufig oder von Fall zu Fall transnationale Handlungsstrategien (z.B. in enger Kooperation mit ausländischem Kapital) verfolgen und im Sinne der von ihnen repräsentierten Kapitalinteressen verfolgen müssen.²

Der globalisierungskritischen Bewegung stellt Hartmann anheim, Vermögens- und Einkommenssteuererhöhungen zu fordern bzw. auch eine Beschränkung der zuletzt explodierten Vorstandgehälter (Boni etc.) zu fordern, ohne dabei eine massive Flucht der Kapital- und Vermögens-träger aus dem jeweiligen Land auszulösen, nicht zuletzt infolge der gut belegten relativ hohen Bodenständigkeit dieses Personenkreises. Auch die Möglichkeit Steuern zu erheben, bei Verlagerung des Wohnsitzes (z.B. in die Schweiz), aber Beibehaltung des Unternehmens im Ausgangsland, wird unter Hinweis auf eine entsprechende Praxis unter Obama als politische Möglichkeit genannt. Bemerkenswert ist die scharfe Kritik an der von W. Streeck in dieser Hinsicht vertretenen fatalistisch-deterministischen Position (213ff.), der nach seinem früheren ideologischen Engagement für die Agenda 2010, vor kurzem zum Kapitalismuskritiker mutierte, dabei aber überwiegend „Endzeitszenarien“ verkündet, denen gegenüber politisches oppositionelles Handeln kaum mehr möglich sei.

Weitere nationale Handlungsspielräume, die sich in einem Moment der Stagnation der Globalisierungsexpansion in besonderer Weise eröffnen, bleiben allerdings etwas unterbelichtet, und es bietet sich an, die linken globalisierungskritischen Veränderungsvorschläge auf der Basis der von Hartmann vorgelegten Ergebnisse für eine kurz- und mittelfristige Konkretisierung zu nutzen. Damit könnte die Linke (im weiteren Sinne) von den bislang vorherrschenden sehr abstrakten und unglaubwürdigen Wohlfühlparolen („Globale Soziale Rechte“,

² Vgl. zu dieser Frage auch die entsprechende Diskussion in den Z-Nummern 93, 94 und 95 im Anschluss an einen Beitrag von Kees van der Pijl/Otto Holman zwischen Werner Rügemer, Jörg Goldberg und André Leisewitz.

Verteilung des Weltreichtums an alle, völlige Öffnung der Grenzen für alle potenziellen „Armutsmigranten“, Abbau nationalstaatlicher Eingriffe in Richtung einer möglichen und früher diskutierten De-Globalisierung etc.) abrücken und in dieser Hinsicht zu politikfähigeren Positionen gelangen. Auch dafür hat die Studie von Hartmann gute Grundlagen geschaffen.

Dieter Boris

Zum inneren Verfall der USA

George Packer, Die Abwicklung – Eine innere Geschichte des neuen Amerika, Fischer Taschenbuch Frankfurt am Main 2015, 509 S., 15,50 Euro

George Packer hat mit „Die Abwicklung“ ein packendes und bewegendes Kapitel zur neuesten Sozial- und Klassengeschichte der USA geschrieben. Es ist bereits 2013 in den USA erschienen und hierzulande erst 2015 einer größeren Leserschaft bekannt geworden. Es zeigt den gesellschaftlichen und moralischen Verfall in den USA im Zuge der Auflösung des Roosevelt'schen Wohlfahrtsstaates in den siebziger Jahren. Mit der Aufkündigung des Bretton Woods-Abkommens in 1973 begann der Aufstieg des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Vertraute Lebens- und Arbeitswelten mit lange sicheren Arbeitsplätzen – durchdrungen vom Durst nach spiritueller Erfüllung und dem Traum des self-made man nach materiellem Erfolg – erodieren. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land stürzen nach und nach ins Bodenlose, die Mittelschichten geraten zunehmend in Bedrängnis, während nur ein kleiner

Teil in die herrschende Klasse aufsteigt und mit immer größerem Reichtum immer mehr an Einfluss gewinnt. Packer zeigt das anhand von detaillierten Portraits einer Reihe von Personen. Familiäre Herkunft und Lebensgeschichte werden ausbreitet, stets verwoben mit den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen und jenen Momenten, wo Bedrängnis, Abstieg oder Aufstieg begann. So der Aufstieg des inzwischen milliardenschweren Investors, PayPal Gründers und Transhumanisten Ulrich Thiel oder der Weg von Jeff Connaughton an der Seite des Politikers Joe Biden im irrwitzigen und atemlosen politischen Betrieb von Washington, mitsamt seinem Drehtüreffekt in die Wirtschafts- und Finanzwelt und zurück. Mit Tammy Thomas wird eine schwarze Frau porträtiert, die, immer am Rande des Abgrunds, ein tapferes Leben führt und mit Tampa – einer Stadt in Florida – kommen die Verlierer der Immobilienkrise zu Wort. Mit Dean Price rückt ein Mann ins Bild, der im niedergehenden Tabakgürtel der USA aufwächst und immer wieder zäh den Kampf für seine Zukunft mit Tankstellen und Biodiesel führt und letztlich scheitert. Atemberaubend auch der Aufstieg des Walmart-Gründers und Gewerkschaftsfeindes Sam Walton, der mit seinen beherrschenden Großmärkten eine Spur der Verwüstung im ländlichen Raum für Klein- und Mittelstand hinterlassen hat. Mit Andrew Breitbart wird ein rabiater rechter, skandalträchtiger und bereits 2012 verstorbener Journalist skizziert, dessen Nachfolger Stephen Bannon nun Chef-Berater von US-Präsident Donald Trump ist.

Newt Gingrich, ein Republikaner am rechten Rand seiner Partei und eng verhandelt mit Donald Trump, wird ebenfalls porträtiert. Kurzum, dieses Buch macht sehr gut nachvollziehbar, wie politische Entscheidungen zu Gunsten der herrschenden Klasse in das konkrete Leben der Menschen eingreifen, es korrumpieren oder dem Elend preisgeben. Spannender als ein Krimi, hilft es mit, zu verstehen, was in den letzten 40 Jahren in den USA geschehen ist und zum Aufstieg von Donald Trump geführt hat.

Detlef Bimboes

Familienideologie in der Kritik

Gisela Notz, Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes (Reihe theorie.org), Schmetterling Verlag, Stuttgart 2015, 222. S., 10 Euro

Die Sozialwissenschaftlerin und Historikerin Gisela Notz hat ihren zahlreichen Veröffentlichungen einen weiteren sehr lesenswerten Band hinzugefügt. Im Vorwort schreibt sie, dass es ihr am Beispiel der BRD „um die Kritik am Familismus als Überbetonung der familiären Ordnung“ gehe, „die je nach herrschendem Gesellschaftssystemen und sozialer Lage der Individuen Verschiedenes bedeuten kann“. (8) „Familismus“ sei sowohl ein soziologischer Begriff als auch eine Ideologie, die die bürgerliche Kleinfamilie als Leitform einer Sozialstruktur betrachte. Im Familismus gelte die Familie, das heißt die Vater-Mutter-Kind-Familie, als Instanz, die die Existenz des Einzelnen und den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sichert. Das System al-

ler Familien bildet demnach das Gemeinwesen, das damit ohne Familie nicht denkbar ist.

Notz gibt in ihrem Buch einen sehr ausführlichen und informativen historischen Rückblick auf Familismen. Sie rekonstruiert historisch exemplarische Theorien und Praktiken, die zu einem ideologisierten Familienverständnis geführt haben, das auf das „Gemeinwohl“ im Nationalstaat ausgerichtet war, aber alle Menschen ausschließt, die nicht Angehörige einer Familie sind. Prononciert stellt Notz heraus, dass ein solches Verständnis die Interessen von Frauen als Individuen in keiner Weise berücksichtigt. Vielmehr schließe es Frauen aus und mache sie durch die Ehe und in der Familie rechtlos sowie ökonomisch und ideologisch abhängig. Bereits die ersten Feministinnen wie Olympe des Gouges (1748-1793), Marie Wollstonecraft (1779-1797), Flora Tristan (1803-1844), dann die Frauenrechtlerinnen Luise Otto (1819-1895) und Clara Zetkin (1857-1933) und viele andere, vor allem auch die Frauenwahlrechtsbewegung, haben die Situation von Frauen problematisiert und öffentlich gemacht. Erst nachdem Frauen das Wahlrecht erstritten hatten, setzte ein Prozess ein, in dem die patriarchale Gesellschaft zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen wurde. Frauen erhielten bestimmte Rechte und wurden zu Staatsbürgerinnen, ihre Abhängigkeit vom „Familienoberhaupt“ blieb jedoch erhalten, auch nachdem sie politischen Vereinen und Parteien beitreten (1908), wählen und gewählt werden konnten (1919). Das Postulat der Gleichheit aller Untertanen konstituierte mithin nur eine modernere Vari-

ante der patriarchalen Abhängigkeits- und Herrschaftsbeziehungen ständisch-feudaler Gesellschaften. Selbst noch im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 1949 wurde der Familismus als eine konservative Familienideologie festgeschrieben, die Frauen und Männern eindeutige Rollen zuwies und die bis heute wirksam ist. Die angeblich „goldenen“ Zeiten der Familie sind, wie Notz überzeugend herausarbeitet, eine Schimäre. Nie sei die Familie ein Hort der Geborgenheit gewesen. In ihr habe immer auch Auseinandersetzung, Gewalt und Ausgrenzung eine Rolle gespielt. Die Verf. verdeutlicht, dass es in der Geschichte immer wieder Frauen gegeben hat, die die ihnen zugewiesenen Rollen nicht hinnehmen wollten. In ihrem historischen Rückblick befasst sie sich mit früher Kritik am Familismus (genannt werden die Beginen als „freie Frauen“ ohne Familie, die frühsozialistischen, anarchistischen, marxistischen und die frühen feministischen Kritiken der sozialistischen Frauenbewegung). Darüber hinaus analysiert Notz auch die Familismuskritik der zweiten Frauenbewegung in Westdeutschland sowie die Familismen in der DDR, nach der „Wende“ und in der Gegenwart. Die Frauen in der DDR hätten sich, anders als in der damaligen BRD, sowohl in der Berufs- als auch in der Alltagswelt Respekt verschafft und ihre Interessen mehr oder weniger durchgesetzt; allerdings sei auch die real existierende sozialistische Gesellschaft patriarchal und familial geprägt gewesen.

Abschließend hebt Notz nachdrücklich hervor, dass es in Zukunft um die Frage gehe, „wie man eine Viel-

falt von Zusammenlebensformen ermöglichen kann, ohne familistische Konzepte der Ein- und Ausgrenzungen zu perpetuieren“ (223). Wenn die heutige Familienpolitik der Formenvielfalt im menschlichen Zusammenleben nicht gerecht werde, sei nicht die Familie in der Krise, sondern die Familienpolitik selbst.

Rainer Holze

Hat guter Journalismus eine Zukunft?

Michael Steinbrecher und Günther Rager (Hrsg.), Meinung, Macht, Manipulation – Journalismus auf dem Prüfstand, Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2017, 233 S., 13,99 Euro

Journalistinnen und Journalisten stehen unter Druck: die Berufsaussichten und die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, die Zukunftsfähigkeit des Berufs steht infrage und neuerdings wird die Lauterkeit der dort Arbeitenden bestritten. Kein Wunder, dass die Zahl der Bücher und Artikel, in denen sich Journalisten mit Grundsatzfragen ihres Arbeitsfelds befassen, steigt.

In diesem Zusammenhang ist das vorliegende Kompendium entstanden. Die beiden Herausgeber, Professoren an der Technischen Universität Dortmund, beleuchten zusammen mit 14 jungen Journalismus-Absolventen Aspekte des „Vertrauensverlusts“ der Medien. Der Inhalt lässt sich in drei Bereiche gliedern: Selbstverständnis des Journalismus heute, Auseinandersetzung mit pauschaler Kritik und Verurteilung, Perspektiven unter den Bedingungen von Digitalisierung und Internet.

Medienjournalisten sind nicht mehr die einzigen, die das Weltgeschehen sortieren, interpretieren und verbreiten. Es haben sich professionell gemachte Medienportale und Blogs etabliert, die den Verlagsseiten Konkurrenz machen, sie zum Teil auch kontrollieren. Über Sozialnetzwerke und Videoplattformen kann zudem fast Jede/r im Internet Behauptungen, Berichte, Meinungen zu aktuellen Themen veröffentlichen und dafür ein Publikum finden. Was folgt daraus? Braucht man in absehbarer Zeit gar keine Journalisten mehr? Millionenfach verbreitete Halbwahrheiten und Lügen legen es nahe, dass der Bedarf nach kompetenter Aufbereitung eher steigt. Aber gibt es auch eine Nachfrage? Und wie kann sie befriedigt werden? In den Beiträgen geht es oft um den Begriff der „*Haltung*“, die ein Journalist einnehmen sollte (im Unterschied zu vorgefassten Meinungen) und um die Schwierigkeiten, sie durchzuhalten unter den Bedingungen von Personalabbau und schrumpfenden Budgets.

Seit einiger Zeit wird „den“ Journalisten vorgeworfen, nicht objektiv und sachgerecht, sondern verzerrt und verfälscht zu berichten oder sogar zu lügen. Von Rechtsaußen kommen Angriffe bis zu persönlichen Drohungen und körperlichen Attacken. Bei den Betroffenen bleibt das verständlicherweise nicht folgenlos. Mehrere Einzelbeiträge konzentrieren sich auf den Vorwurf der „*Lügenpresse*“ und den Umgang damit. Es wird diskutiert, wie beim Publikum verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden könnte, ob es eine Chance gibt, mit Kritikern zu kommunizieren. „*Transparenz*“ heißt eines der Schlagworte dabei.

Im dritten Themenkomplex geht es um digitalen Wandel, Big Data, Sozialmedien, Falschmeldungen, Bots usw. Kann unter diesen Bedingungen seriöser Journalismus Bestand haben? Es werden strukturelle Probleme des Berufs gezeigt, die zur Verzerrung bis hin zur Desinformation führen können: Skandalisierung, Boulevardisierung, Clickbaiting, Reichweite als alles überragende Maßgabe. Der ökonomische Druck befeuert diesen Trend, der schädlich ist für jeden demokratischen Diskurs.

Vielleicht spielt dergleichen angesichts der technischen Möglichkeiten zur Manipulation im Digitalzeitalter, von Algorithmen, Facebook und Big Data, bald keine so große Rolle mehr. In einem Buchbeitrag (182 ff.) wird ein beängstigendes, aber nicht unrealistisches Szenario bis hin zur umfassenden Kontrolle jedes Einzelnen gezeichnet.

Die Texte sind interessant und engagiert geschrieben und zeugen von Kompetenz und einer tiefen Sorge um den Beruf des Journalismus. Das Anliegen des Buches ist die Auseinandersetzung mit dem eigenen Berufsverständnis und die Frage nach der Zukunftsfähigkeit. Hierbei bleiben einige Aspekte unterbelichtet, die für eine Analyse wichtig wären.

Spätestens seit dem Beginn des Ukraine-Konflikts 2014 wurde deutlich, dass relevante Teile der Bevölkerung – keineswegs nur Pegida & Co. – die Art und Weise, wie solche Themen von der Politik und den traditionellen Medien dargestellt werden, nicht hinnehmen. Der Widerspruch war stark, anhaltend und grundsätzlich, und er kam aus verschiedenen Richtungen.

In den Redaktionen war man verblüfft, nicht selten bestürzt.

Wie lässt sich ein solcher Gleichklang der Berichterstattung in Grundsatzfragen auch ohne zentrale Steuerung erklären? Ein Autor schneidet das Thema an und verweist auf Rudeljournalismus, eingefahrene Routinen, Lobbyismus, die Rolle der Presseagenturen und ähnliches. Das erklärt den Sachverhalt aber nur zum Teil. Es erstaunt, dass die Arbeit von Uwe Krüger (vgl. Rezension in Z 102) nicht bekannt war oder nicht beachtet wurde.

Auch ein Hinweis auf den § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes („Tendenzschutz“), der die Entlassung von Journalisten aus politischen Gründen erlaubt, wäre nicht ehrenrührig gewesen. Solche Drohungen wirken auch unausgesprochen, zumal wenn in den Redaktionen Stellen gestrichen werden. Eigentümer der Pressefreiheit sind nicht die Journalisten, sondern die Verleger bzw. Senderbetreiber; sie wissen das bei Bedarf zu nutzen.

Das führt den Blick zu den wirtschaftlichen Strukturen. Fast alle relevanten Medienmärkte werden von wenigen Konzernen beherrscht, deren Einfluss wächst. Sie bestehen fast immer aus Einzelverlegern oder Familienclans. In Thüringen z. B. kontrolliert ein Verlagskonzern (die Funke-Gruppe) fast alle regionalen Medien (Zeitungen, Anzeigenblätter, Radio, Onlineportale).

Dazu kommt der wachsende wirtschaftliche Druck: Durch sinkende Auflagen und Werbeerböse bröckelt die geschäftliche Grundlage der Printmedien. Jüngere Generationen interessieren sich kaum noch für sie, ein tragfähiges Geschäftsmodell für Journa-

lismus im Internet fehlt aber. Die Folge: ausgedünnte Redaktionen, eingestellte Zeitungen, Zentralredaktionen für Titel von Kiel bis München.

Solche Zusammenhänge gehörten nicht zur Agenda des Projekts, aus dem das Buch entstanden ist; das wird im Vorwort auch geschrieben. Ihre Erwähnung wäre aber doch wertvoll gewesen. Schließlich werden dadurch Grenzen für das, was an Journalismus praktisch möglich ist, gesetzt. Aber unabhängig davon: Das Buch liefert eine Fülle von Informationen und Denkanstößen für jeden, der sich mit der Rolle von Massenmedien im Digitalzeitalter befassen möchte. Es zeigt, welche Themen junge Journalistinnen und Journalisten bewegen, welch bewundernswertes demokratisches Engagement und tiefgehende Einsichten und Ideen vorhanden sind. Da es sich um Leute vom Fach handelt, sind die Beiträge erfrischend geschrieben und auch für Laien gut verständlich.

Wer fertige Antworten auf die Probleme des Journalismus haben will, wird zwar vergebens suchen, denn solche gibt es nicht. Manche aufgeworfene Frage bleibt bewusst unbeantwortet. Nach der Lektüre ist klar: Wenn Qualitätsjournalismus trotz Digitalisierung und Internet eine Zukunft haben soll, dann müssen die Impulse dazu von Leuten wie denen, die hier geschrieben haben, kommen. Ein wichtiges und lesenswertes Buch.

Gert Hautsch

Rückkehr nach Kaiserslautern

Christian Baron, Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten. Verlag Das Neue Berlin/Eulenspiegel Verlag, Berlin 2016, 286 Seiten, 12,99 Euro

Verachten „die Linken“ tatsächlich „die Arbeiter“? Für Christian Baron ist es ausgemachte Sache: Viele Menschen sind gesellschaftlich an den Rand gedrängt worden, und ein Teil von ihnen ist in großer Zahl zur AfD abgewandert. Dass sich die Rechtspopulisten in Gestalt der AfD als Schutzmacht der kleinen Leute aufspielen können, sei „den Linken“ und auch der Linkspartei anzulasten, denn sie pflegten der Arbeiterschaft gegenüber eine arrogante Haltung (130). Warum, so fragt Baron, versteht die „gebildete Mittelschicht“ Linkssein vor allem darin, die Nöte des „globalen Südens“ wichtiger zu finden als die (sozialen) Probleme vor der eigenen Haustür? (48) Wieso machen sich viele emanzipatorisch bewegte Linke so gerne über Angehörige der „Unterschicht“ lustig? (48) Warum ist für die Linken „Identität alles, Ökonomie hingegen nichts“? (203)

Spätestens jetzt müsste der Autor allerdings präzisieren, wer genau denn aus seiner Sicht „die Linken“ sind, die er kritisiert. Er hätte belegen müssen, welche Gruppen und Teile der Linken die Arbeiter verachten. Stattdessen bietet er persönliche Impressionen, die sich nicht verallgemeinern lassen. Er imaginiert Feindbilder, an denen er sich abarbeitet. Zunächst ist die Rede davon, die Linken, das seien alle „vom anarchistischen Haubesetzer bis zu staatstragenden Sozialdemokraten“

(12). Im weiteren Verlauf des Buches ist dann immer mehr die Rede von der „akademischen Linken“, deren Kluft zur Arbeiterschaft sehr groß geworden sei (68). Es begegnen uns „Mittelschichtlinken“ (70), „linke Schickeria“ (144), hochkulturelle Rotweinlinke“ (239). Gelegentlich ist auch die Linkspartei direkt angesprochen. „Ein großes Problem der radikalen Linken ist, dass ihnen der Kampf gegen alltägliches Leid als Reformismus erscheint“ (236), meint Baron. Um sich an anderer Stelle selbst zu widersprechen, wenn er den Linken vorwirft, sie glaubten an die „Reformierbarkeit des Kapitalismus“ (152).

Baron reichert sein Buch mit autobiografischen Zügen an – in kühner Anleihe bei (dem sehr viel älteren) Didier Eribon („Rückkehr nach Reims“). Und übernimmt sich dabei. Er ist Jahrgang 1985 und stammt, wie er selbst schreibt, aus einfachen Verhältnissen, aus einem von Alkoholismus, Drogen und Gewalt geprägten Elternhaus. Er wuchs bei den „Abgehängten“ in Kaiserslautern auf. Diesen Verhältnissen konnte er durch Abitur und Studium entkommen. Und erlebte nach eigenem Bekunden dabei, wie schwer es ein junger Mensch aus solchem sozialen Umfeld in (linken) akademischen Kreisen haben kann.

Was Eribon am Beispiel Frankreichs beschreibt, versucht Baron mit Blick auf deutsche Verhältnisse. Die Schwächen von Eribons Buch (vgl. dazu den Beitrag von Lothar Peter in Z 109, S. 142-152) reproduziert er dabei. Und verfällt der Selbstüberschätzung. Eribon ist nun einmal einer der führenden linken Intellektuellen in Frankreich und schöpft aus einem enorm großen Schatz theoretischen

Wissens und persönlicher Erfahrung. Anders als Eribon tendiert Baron zur Weitschweifigkeit, zu Ungenauigkeiten und Übertreibungen.

Wer genau sind nun diese Arbeiter, um die es Baron geht? Der Autor spricht von einer Mittel- und einer Unterschicht, die beide Teil der Arbeiterklasse seien, sich aber weit voneinander entfernt hätten (11). Die häufig genannte „ominöse Mittelschicht“ (15) gehört demnach „objektiv“ zur Arbeiterklasse. Alle Arbeiter eine ein objektives Interesse: die Überwindung der Ungleichverteilung des Reichtums (16). Mit Marx ließe sich das „objektive Interesse“ der Arbeiterklasse durchaus umfassender definieren und nicht nur an Verteilungsfragen festmachen. Im weiteren Verlauf des Buches meint der Autor mit Arbeitern zumeist „Sozialleistungsbeziehende“ (30), „De-klassierte“ (75), „einfache Leute“ und „Unterprivilegierte“ (272) – und offenbar stets eine leidende soziale Gruppe, der geholfen werden muss.

Jahrzehnte marxistischer Debatten um Klassenstrukturanalysen sind an Baron offenbar vorbeigegangen. Etwas mehr Ernsthaftigkeit hätten die sozialstrukturellen Verwerfungen und Veränderungen der Lohnarbeitsgesellschaft, der Arbeiterklasse, der lohnabhängigen Mittelschichten schon verdient gehabt. Diese unterschiedlichen Interessenlagen zu bearbeiten und aufzunehmen ist doch für Gewerkschaften (ein blinder Fleck bei Baron) und linke Kräfte eine Existenzfrage. Und nicht nur bei den an den Rand gedrängten Gruppen und Schichten, auch zum Beispiel bei den verunsicherten oder den Abstieg fürchtenden qualifizierten Lohnabhängigen gibt es ein nach rechts ten-

dierendes Wählerpotenzial. Bei Baron reduziert sich alles auf das Muster einer im Stich gelassenen, prekarierten Arbeiterschaft und einer arroganten Linken, die sie ihrem Elend und ihrer Opferrolle überlässt.

Durchaus zutreffend skizziert Baron die Arroganz der neoliberalen Eliten gegenüber dem „abgehängten Prekariat“ (30ff), und beschreibt, wie neoliberale Politik und Mainstream-Medien mit sozialer Demagogie die Mittelschichten gegen die Unterschicht in Stellung bringen. Agenda 2010 und Hartz IV (78) werden eher flüchtig erwähnt. Ihr Beitrag zur Prekariisierung großer Teile der Lohnabhängigen wird nicht wirklich erfasst.

Hier wäre Gelegenheit gewesen, die jeweilige Rolle der Sozialdemokratie, der Grünen, der Gewerkschaften und der radikalen Linken zu analysieren. So bleibt es unklar, welche Linke denn mitverantwortlich sei für den Rechtstrend, weil sie es versäumt habe, die Rechten „sozialpolitisch zu stellen“ (147).

Eine Tendenz zur Bevorzugung von Themen der Antidiskriminierungs- und der Identitätspolitik gibt es bei Teilen der Linken durchaus. Diese Einsicht ist auch nicht neu. Ursprünglich war es ein gutes Erbe der 68er Bewegung, die „Sozialkritik“ mit der „Künstlerkritik“ zu kombinieren. „Aberdings“, so schreibt Oliver Nachtwey in seinem Buch „Die Abstiegs-gesellschaft“ zutreffend, „gelang es dem Neoliberalismus“ seit den 1970er Jahren zunehmend, „diese Koppelung zu lösen, die Künstlerkritik in den Vordergrund zu rücken und die auf vertikale Ungleichheiten zielende Sozialkritik der Gewerkschaften zu neutrali-

sieren“ (83). Nancy Fraser nennt das die Integrationskraft des „progressiven Neoliberalismus“.

Was folgt daraus? Sollen die Linken aufhören, gegen Diskriminierung einzutreten? Und stattdessen nur noch soziale Forderungen erheben? Zu diesem Punkt bleibt Baron vage. Eher beiläufig stellt er fest: „So lange die Linken es unterlassen, die soziale Frage mit der Flüchtlingspolitik explizit zu verbinden, so lange werden die verängstigte Mitte und die Unterschicht einen großen Bogen um sie machen.“ (131) Baron plädiert stattdessen für „einen linken Populismus“ (263ff): Den müssten die Linken dem rechten Populismus entgegen stellen. Denn „populistische Botschaften sind die einzige Waffe, mit der die Rechten wieder zurückzudrängen sind“ (270). Er nennt dazu Stichworte wie „hoher Spitzensteuersatz“, „Vermögens- und Erbschaftssteuern“, „Arbeitszeitverkürzung“, „Debatten über ein Bedingungsloses Grundeinkommen“ (271). Die „soziale Frage“ wäre damit aber noch lange nicht abgedeckt.

Warum das ein linker Populismus sein soll und ob es diesen überhaupt geben kann, ob eine massenwirksame linke Politik mit dem Prädikat Populismus angemessen zu beschreiben ist, all das ist derzeit Gegenstand von Debatten, die sich bei Baron aber nur selektiv widerspiegeln – etwa in seinem Bezug auf Chantal Mouffe. (271).

In einer Gesellschaft, in der Klassenbewusstsein erodiert ist, verknüpft der Rechtspopulismus Globalisierungskritik und reale Verunsicherung mit Themen wie Einwanderung, Islam, nationaler Identität. Müssen dann Linke nicht auch die Auseinanderset-

zung mit rassistischen Vorurteilen und Ausgrenzungen verbinden mit einem überzeugenden Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie? Denn der Rassismus sitzt tief in der Gesellschaft, hat reale Ursachen und wird sich durch „soziale Zuwendung“ für die „Abgehängten“ nicht schon irgendwie auflösen. Das Gegeneinander-Ausspielen benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist Teil neoliberaler Herrschaftsstrategien und erfordert ernsthafte Auseinandersetzung.

Und da geht es auch nicht nur um Sozialpolitik. Es geht um Demokratisierung, Mobilisierung, um Aktivierung, denn nur eigene Erfahrungen in sozialen und politischen Konflikten führen dauerhaft zu neuen kritischen Einsichten. Da bleibt Baron undeutlich. Ein merkwürdig nichtssagendes Schlusskapitel nach so weitschweifigen Erörterungen.

Jürgen Reusch